



Protokoll Nr. 51

Sitzung von Donnerstag, 18. November 1999, 20.30 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Rolf Häberli

Anwesend:

Ernst Aebersold	Esther Kälin Plézer	Doris Schneider
Raymond Anliker	Regula Keller	Beat Schori
Thomas Balmer	Blaise Kropf	Rolf Schuler
Oskar Balsiger	Andreas Krummen	Rudolph Schweizer
Sven Baumann	Peter Künzler	Peter Sigerist
Margrith Beyeler	Annemarie Lehmann	Franco Sommaruga
Peter Blaser	Edith Lörtscher	Sylvia Spring Hunziker
Markus Blatter	Liselotte Lüscher	Christoph Stalder
Konrad Bossart	Edith Madl Kubik	Ernst Stauffer
Annette Brunner	Anton Maillard	Michael Straub
Peter Bühler	Irène Marti Anliker	Ueli Stückelberger
Michael Burri	Mario Marti	Béatrice Stucki
Walter Christen	Kurt Mäusli	Margrit Stucki-Mäder
Marie-Louise Durrer	Christoph Müller	Peter Stucki
Marcel Fankhauser	Edith Olibet	Katharina Suter
Verena Furrer-Lehmann	Rosmarie Okle Zimmermann	Luzius Theiler
Hans Ulrich Gränicher	Ruth Rauch	Margrit Thomet
Adrian Haas	Hans Peter Riesen	Eva von Ballmoos-Keller
Ueli Haudenschild	Heinz Rub	Catherine Weber
Ruedi Hofer	Ursula Rudin-Vonwil	Kurt W. Weyermann
Alfred Jordi	Kurt Rügsegger	Hansjörg Wittwen
Michael Jordi	Erich Ryter	René Zimmermann
German Kalbermatten	Annemarie Sancar	Andreas Zysset

Entschuldigt:

Marcel Eyer	Urs Jaberg	Barbara Mühlheim
Jean-Daniel Flückiger	Heinz Junker	Hans-Ulrich Suter
Thomas Fuchs	Leslie Lehmann	
Stephan Hügli	Peter Linder	

Vertretung des Gemeinderats:

Ursula Begert
Claudia Omar

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Adrian Guggisberg
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Kurt Wasserfallen

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Nachmittagssitzung

3 Konzept für eine kindergerechte Stadt; Bericht des Gemeinderats i.S. von Artikel 65 Absatz 2 des Geschäftsreglementes des Stadtrats; Fortsetzung

Fraktionserklärungen; Fortsetzung

Für die Fraktion GB/JA! spricht *Annette Brunner*. Die Fraktion GB/JA! begrüsst das Kinderkonzept als einen ersten wichtigen Schritt zu einem koordinierten, bedürfnisorientierten Engagement für eine bürgergerechte Stadt Bern. 1977 hat die Schweiz als letztes Land Europas die UNO-Konvention über die Rechte der Kinder ratifiziert. Das Kinderkonzept der Stadt Bern ermöglicht jetzt unter anderem, die Erfüllung dieser Konvention, zielorientiert und den Umständen angepasst, anzustreben. Wir sind erfreut, dass sich in unserer Stadt eine gewisse Sensibilität für diesen Bereich entwickelt hat, welcher alle Parteien in einen Grundkonsens einschliesst und dieses Konzept ermöglicht hat. Nach dem Votum von Frau Lehmann weiss ich nicht, ob dieser Grundkonsens nun immer noch Bestand hat. Ich hätte gerne gewusst, was sich die FDP unter diesem Konzept vorstellt. Denn bei der Überweisung des Prüfungsberichtes zum Postulat von Leslie Lehmann war dieser Beschluss einstimmig. Es steht Bern gut an, mit solch ehrgeizigen Projekten von sich reden zu machen. Die kinderpolitische Offensive wurde aber mit diesem Konzept noch nicht eingeläutet. Lorbeeren verdienen kann sich die Stadt nur mit einer erfolgreichen Umsetzung des Konzeptes. Daran wird auch die Qualität dieses Konzeptes und vor allem auch der politische Wille zur Realisierung gemessen werden. Es ist klar, dass eine solche Umsetzung nicht gratis ist.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Finanzierungsaspekt im Konzept nicht gänzlich ausgeblendet wurde. Aber wie ein roter Faden zieht sich die Aussage durch das Konzept, dass Kinderpolitik hie und da gratis sein müsse. Und das ist falsch. Diese Massnahmen lassen sich nur durch zusätzliche Gelder umsetzen. Wir gehen davon aus, dass in diesem Rat alle Kinderpolitik machen wollen. In diesem Fall dürfen wir nicht zuerst fragen, was es kostet. Die erste Priorität muss die Realisierung sein. Schliesslich muss man zuerst investieren bevor man einen Gewinn einstreichen kann. Wenn wir durch eine kindergerecht gestaltete Stadt das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Kinder, aber auch von uns selber, steigern können, ist auch das Wohnen in der Stadt für Familien wieder interessanter und kann sich in einem höheren Steuerertrag niederschlagen.

Wir erwarten, dass weiterhin am gleichen Strick gezogen wird und dass bei der Umsetzung des Kinderkonzeptes die Politik und nicht die Finanzen im Vordergrund stehen. Eine schuldenfreie aber kaputtgesparte Stadt nützt der kommenden Generation wenig. Mit sanierungsbedürftigen oder schlecht ausgestatteten Schulanlagen erweisen wir der jungen Generation keinen Dienst.

Was wir beim Lesen des Konzeptes bald einmal vermisst haben, sind Instrumente zum Controlling. Ein Terminplan fehlt, ebenso konkrete Angaben zur Prüfung der Erfüllung der Massnahmen. Dies macht es schwer bis unmöglich, eine Bilanz zu ziehen. Eine Unterteilung in prioritäre Massnahmen und einen Gesamt-Massnahmenkatalog erachten wir grundsätzlich als positiv. Die Gewichtung wird politischen und verwaltungsinternen Gremien hilfreich sein. Aber zumindest die prioritär genannten Massnahmen hätten eine Terminierung verlangt. Weiter kritisieren wir, dass erst in zwei Jahren über den Umsetzungsstand Bericht erstattet werden soll. Diese Zeitspanne erscheint uns eindeutig zu lang. Verschiedene Massnahmen lassen sich rasch umsetzen. Wir erwarten deshalb gerade in der Anfangsphase eine jährliche Berichterstattung. Es ist richtig und gut, wenn der Massnahmenkatalog eine möglichst breite Abdeckung der Themen anstrebt, doch fehlen uns zum Teil grundsätzliche und prinzipielle Überlegungen. Der Massnahmenkatalog liest sich zum Teil wie ein beliebiges Betroffenheitssammelsurium. Es ist wichtig, dass Forderungen wie Tempo 30 oder tiefere Luftschadstoffbelastung in diesem Konzept enthalten sind. Aber diese Forderungen müssen auch umgesetzt werden. Da genügen Bekenntnisse nicht. Deshalb braucht es für die Umset-

zung einschneidende Massnahmen und nicht nette Anti-Ozon-Plakataktionen zur Gewissensberuhigung.

Die letzte Massnahme, die Förderung und Unterstützung von Kinderanlässen, ist eine der vielen Forderungen, die bereits heute erfüllt werden. Also müssen doch Angaben gemacht werden, in welchem Rahmen die Unterstützung sinnvollerweise stattzufinden habe. Sonst verkommen viele dieser Massnahmen zu einer wenig sinnvollen Aufzählung.

Bezüglich Gleichstellung ist das Papier so aufgebaut, dass mit 'kindergerecht' immer 'mädchen-' wie 'bubengerecht' gemeint ist. Auch vor dem kulturellen oder dem sozialen Hintergrund wird nicht weiter differenziert. Wir fragen uns, ob wir in der Emanzipation bereits derart fortgeschritten sind, dass es nicht mehr nötig ist, in einem solchen Konzept auf geschlechterspezifische Bedürfnisse hinzuweisen. Für uns wurde hier ein falsches Zeichen gesetzt. Kinder aus fremdsprachigen Familien werden in diesem Konzept auch nicht speziell erwähnt. Dies könnte man auf den ersten Blick als positiv werten, weil Kinder in erster Linie Kinder und nicht Probleme sein sollen. Es zeugt aber schon von einer sehr geringen Sensibilität, wenn von fremdsprachigen Kindern nur in Zusammenhang mit mangelnder Integration und erhöhter Gewaltbereitschaft die Rede ist. Unserer Ansicht nach hätte das generelle Ziel der Integration ebenfalls in dieses Konzept einfließen müssen. Denn dieses Ziel gilt neben den fremdsprachigen Kindern auch für Kinder aus sozial und ökonomisch schlechter gestellten Familien oder für Kinder mit Behinderungen. Wir vermissen im sonst so breiten Katalog Massnahmen, welche diesen Kindern den Rücken stärken und explizit Unterstützung versichern. Das Konzept ist uns zu grundsätzlich und zu allgemein.

Das gilt ebenfalls für das Thema Partizipation. Unter dem Stichwort Kinderpolitik werden gute Grundlagen gelegt, welche sich aber im Massnahmenkatalog zu wenig in konkreten Massnahmen niederschlagen. Das Konzept drückt sich etwas davor, die Sache beim Namen zu nennen. Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, den in den Köpfen präsenten Massnahmen zum Durchbruch zu verhelfen. Denn wir gehen davon aus, dass mit Kinderpartizipation etwas anderes gemeint ist als Alibiübungen wie die Kindersession, welche diesen Namen eigentlich gar nicht verdient.

Für unsere Fraktion ist das Kinderkonzept ein erster Schritt in die richtige Richtung. In der Gesamtbeurteilung kritisieren wir einerseits, dass es mehr grundsätzliche und theoretische Überlegungen hätte ertragen können, andererseits fehlen uns zum Teil Massnahmen, welche klar umsetzbar sind und über die Vorstösse der letzten Jahre hinausgehen. Und was uns ganz wichtig ist: Kinderpolitik darf und soll etwas kosten.

Einzelvoten

Peter Sigerist (GB): Ich möchte unsere Fraktionserklärung noch in einem Punkt aufgreifen: Ich beschäftige mich seit etwa einem halben Jahr intensiv mit der Frage nach dem Generationenvertrag. Wir hatten die Abstimmung über die Mutterschaftsversicherung, wir wissen, wer ungefähr wie gestimmt hat. Der entscheidende Punkt ist ja nicht, dass wir keine Ideen hätten, wie die Kinder zu ihren Rechten kommen sollen. Die Frage ist die nach den Mitteln, dem politischen Willen und den Finanzen.

Wie schaffen wir Mehrheiten, um die hier zu Recht vorgeschlagenen Massnahmen umzusetzen? Wie können wir auch ältere Menschen, welche gegenüber diesen Forderungen zurückhaltend sind, überzeugen, hier mitzuhelfen. Es ist, wie in diesem Konzept festgehalten wird, tatsächlich so, dass sich das Armutsproblem von den alten Menschen zu den Menschen mit Kindern verschoben hat. Aber für diese Entwicklung bedurfte es 10 AHV-Revisionen und viele weitere Massnahmen. Und diese Voraussetzungen werden nicht erwähnt. Die Schlussfolgerung dazu ist, dass eben auch Massnahmen für Kinder zusätzliche Mittel benötigen. Und dies müssen wir den älteren Menschen, welche sich eben auch überdurchschnittlich an der direkten Demokratie beteiligen, plausibel machen. Diese dürfen nicht das Gefühl haben, dass die hier aufgestellten Forderungen zu ihren Lasten gingen. Und da ist es wenig durchdacht, wenn im Konzept und vor allem im Anhang Begriffe vorkommen wie Überalterung, Alterslastquotient etcetera. Hier werden die Generationen gegeneinander ausgespielt. Ich empfehle der Autorenschaft dieses Papiers, die neusten Resultate des Nationalen Forschungsprogramms 32 zur Altersforschung gut zu studieren.

Doris Schneider (GB): Ich glaube, ich bin die einzige in diesem Gremium, die in der Arbeitsgruppe zu diesem Konzept dabei war. Ich muss sagen, dass ich beeindruckt war, wie hier das Thema Kinder directionsübergreifend diskutiert wurde. Ich habe mir in dieser Zeit als Vertreterin der Präsidialdirektion doch einige Gedanken gemacht.

Für mich war es zuerst einmal wichtig, dass diese Gruppe überhaupt aufgestellt und dass dieses Thema diskutiert wurde. Im Bericht wird auch gefordert, dass die Arbeitsgruppe weiterarbeiten soll. Der Bericht ist eine Bestandesaufnahme von Belangen, die mit Kindern zusammenhängen. Dies hat den Bericht gründlich und umfangreich gemacht, insbesondere auch den Massnahmenkatalog.

Das geforderte Instrument zur Überprüfung der Kinderverträglichkeit muss die erste Massnahme sein. Ein solches Instrument auszuarbeiten, welches jede Vorlage und jedes Projekt dieser Stadt auf die Kindergerechtigkeit untersucht, ist nicht einfach. Die Fach- und Koordinationsstelle für Kinderfragen, welche diese Aufgabe übernehmen soll, müsste meiner Meinung nach aber eine Stabsstelle werden, so wie dies auch die Gleichstellungsstelle ist.

Eine kindergerechte Stadt ist kein einfacher Auftrag. Da geht es um Fragen wie die des Zusammenlebens von Kindern und Erwachsenen, ob Kinder überhaupt zuerst erwachsen werden müssen, um wahrgenommen zu werden oder ob der Kampf um die Rückgewinnung dieser Stadt für die Kinder und ihre Familien mit dieser Bestandesaufnahme reell angefangen hat.

Die Gefahr besteht auch immer darin, dass sich die politische Mehrheit mit einem solchen Thema profilieren will und anders redet als handelt. Kinderpolitik ist für mich auch Familienpolitik. Familienpolitische Anliegen fallen in dieser Stadt aber oft unter den Tisch. Das Politikfeld Familienpolitik existiert in dieser Stadt zu Stücken in der Schuldirektion, in der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion, in der Finanzdirektion und so weiter. Wenn wir diesen Fragen ihren gesellschaftlichen Wert zukommen lassen, müssen wir gründlich umstrukturieren. Mit diesem Bericht stehen wir am Anfang, für die Stadt Bern, ihre Bevölkerung, aber eben vielleicht auch für die Arbeitsgruppe Regierungsreform.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert*: Das Konzept wurde von verschiedenen Seiten als ziemlich banal betrachtet, ohne Fleisch am Knochen. Ich war während der Stadtratspause in der Heiliggeistkirche. Heute war diese zum ersten Mal offen, was ein recht mutiges Experiment der Kirchgemeinde darstellt. Das ist eigentlich auch etwas Banales, und doch hat es eine Ausstrahlung.

Die kindergerechtere Gestaltung der Stadt fängt in den Köpfen an. Das mag soweit vielleicht banal sein, ist aber doch wichtig. Und die Umsetzung wird dann sowieso alles andere als banal sein. Frau Schneider hat es am Schluss erwähnt: Auch in der Gleichstellungsstelle fing es ziemlich banal an. Es ist ein wagemutiges Experiment, diese Gedanken in allen Köpfen der Verwaltung zu verbreiten, und ich hoffe, dass uns dies auch gelingen wird; dass man möglichst bald etwas bemerkt.

Dass es mir damit ernst ist, zeigt sich nicht zuletzt wahrscheinlich daran, dass wir dieses Kinderbüro subito machen wollen und nicht erst in nächster Zeit. Und deshalb müssen wir es an bestehende Strukturen beim Jugendamt anhängen und nicht einfach als freischwebende Stabsstelle.

Natürlich hätte man auch eine teurere Variante machen können. Man hätte zusätzliche Stellenprozente beantragen können und Ähnliches. Diesen Weg wollte ich bewusst nicht gehen, ich wollte mit Steinen mauern, welche wir haben. Ich bin der Meinung, dass wir das Portemonnaie nicht immer dann zuschnüren müssen, wenn es darum geht, Kinderanliegen durchzusetzen. Ich bin aber ebenso der Meinung, dass unsere Kinder keine grosse Freude haben, wenn wir ihnen am Schluss nur einen Schuldenberg hinterlassen; da muss ein Gleichgewicht herrschen.

Vor einem guten Jahr diskutierten wir hier unsere Sozialplanung. Wir stellten fest, dass es Schwerpunkte gibt, in denen wir kaum sparen können und welche wir nicht mit bestehenden Mitteln und durch Umlagerungen umsetzen können. Einer dieser Schwerpunkte war die familienergänzende und -unterstützende Kinderbetreuung. Für diese Aufgabe werden wir auch in Zukunft mehr Mittel benötigen, wenn wir sie wirklich ernsthaft umsetzen wollen. Da gibt es noch Lücken zu schliessen, und das kann man nicht immer kostenneutral machen. Es ist

aber eine Investition in die Zukunft. Ich bin auf der anderen Seite aber auch nicht der Meinung, dass man völlig kritiklos und ohne nach den Kosten zu fragen alles umsetzen soll.

Es wurde kritisiert, dass der Zeitraum von zwei Jahren zu lang sei. Aber jetzt wollen wir zuerst einmal beginnen, wir können Euch nicht einfach bereits in einem Jahr viele umgesetzte Dinge präsentieren, wobei ich Frau Brunner natürlich Recht gebe, dass einzelne Massnahmen schon sehr bald umgesetzt werden können.

Dann fragte Frau Rudin noch nach dem Fonds: Wir haben einen solchen Fonds für Kinder und Jugendliche, wir werden zum Teil für einzelne Projekte Gelder daraus beziehen können. Diese kann ich zum Teil in eigener Kompetenz sprechen, zum Teil zusammen mit der Finanzdirektorin oder bei sehr hohen Summen per Gesamtgemeinderat. Es ist mir wichtig, in vernünftiger Art und Weise die Kinder dort, wo es Sinn macht, tatsächlich mitreden zu lassen. Auf der anderen Seite bin ich nicht der Meinung, dass die Erwachsenen den Kindern Verantwortung übergeben können. Wir alle sind gefordert, bei allen unseren Überlegungen auch zu bedenken, ob unsere Handlungen kindergerecht sind.

Es ist mir ein grosses Anliegen, dass dieses Kinderbüro für Kinder leicht erreichbar ist, dass sie sich nicht zuerst durch ein Verwaltungsgebäude durchschlängeln müssen, deshalb wird die Anlaufstelle im Infoladen sein. Diese Stelle wird der Leiterin des Jugendamtes unterstellt, ich bin nach wie vor überzeugt, dass dies das Richtige ist. Wir drei, Herr 'Kinderbüro' Haller, Frau Siegfried, die Leiterin des Jugendamtes, und ich werden uns sehr eng um dieses Projekt kümmern. Ich hoffe, dass wir die hohen Erwartungen erfüllen können. Dazu werden wir dann vielleicht auch einmal Euch benötigen.

4 Postulat Leslie Lehmann (SP): Kinder in der Stadt Bern: Untermatt - die Stadt muss aktiv werden

Antrag Nr. 226

Das Untermattquartier, ein typisches Arbeiterquartier, ist Ende der fünfziger Jahre entstanden. Die Häuser sind selten höher als drei- oder vierstöckig. Gewerbe und Wohnraum sind nicht getrennt, sondern stark verzahnt. Die Siedlung ist weder geplant worden noch organisch gewachsen, sie ist kompakt mit wenig Freiraum zwischen den Häusern. Es gibt weder eine Schule, noch einen Kindergarten im Quartier. Dafür fahren die Lastwagen des ortsansässigen Gewerbes mitten hinein. Im Untermattquartier leben fast keine alten Leute, dafür beträgt der Anteil der Jugendlichen und Kinder 23 Prozent und liegt weit über dem städtischen Durchschnitt von 15 Prozent.

In der Untermatt leben 240 Kinder im Alter zwischen 0 und 6 Jahren; davon sind 73 Prozent Kinder von MigrantInnen. Die SozialarbeiterInnen des Quartiers haben festgestellt, dass der Alltag der Kinder unter sechs Jahren in der Untermatt von „hohem Fernsehkonsum und engen Wohnungen, knapp bemessenen Spielräumen und mangelhaft ausgestatteten Spielplätzen“ geprägt sei. Die ausländischen Kinder bewegten sich vorwiegend in ihrem eigenen Kulturkreis.

Die beunruhigenden Anzeichen von sozialer Desintegration haben verschiedene Organisationen auf den Plan gerufen, die aktiv geworden sind. Es gibt unter anderem den interkulturellen Treffpunkt, der durch den VBG, das heisst die Stadt unterstützt wird. Auch der Dachverband für offene Kinderarbeit in der Stadt Bern ist sich seit längerem bewusst, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, und hat aus eigenen Mitteln

- 1997/98 mobile Kinderarbeit im Quartier finanziert (Spielmobil ohne Viel)
- eine Projektgruppe gegründet, welche die Koordination der offenen Kinderarbeit in die Hände genommen hat
- 1998/99 in Zusammenarbeit mit der Fachstelle SpielRaum ein Konzept für die offene Kinderarbeit in der Untermatt ausgearbeitet
- und plant auch in diesem Jahr eine Unterstützung der nötigen Projekte mit ca. Fr. 20'000.00

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, seinerseits folgende Massnahmen zu ergreifen:

- Aufwertung des Aussenraumes zwecks Angebot interessanter unbetreuter Spielmöglichkeiten (kindergerechte Quartierplanung).

- Schaffung von Stellenprozenten zur Ausweitung der betreuten Spielangebote und der Aufbau von Elternarbeit (welche die eigentliche Basis für die offenen Kinderarbeit darstellt). Die finanzielle und personelle Unterstützung der Aufbauarbeit des DOK im Untermattquartier.
- Erhöhung des Produktgruppenbudgets 2000 Jugendpflege um Fr. 30'000.00.

Bern, 8. April 1999

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat die Situation im Untermattquartier erkannt und ist sich des Handlungsbedarfs bewusst. Das Engagement des VBG und des DOK im Quartier, welches rasch und unkompliziert zum Tragen kam und sicher zu einer Entspannung vor Ort beigetragen hat, sei hier nochmals ausdrücklich verdankt.

Es ist im Interesse der Stadt, wenn Quartiere mit besonderen sozialen Brennpunkten von Angeboten der soziokulturellen Arbeit profitieren können und so die Lebensqualität der Quartierbewohnerinnen und -bewohner nachhaltig verbessert wird.

Der Gemeinderat stimmt mit der Postulantin überein, dass auch das Angebot interessanter unbetreuter Spielmöglichkeiten wichtig ist. Beim Untermattquartier handelt es sich in der Tat um ein Stadtteilgebiet mit einem deutlichen Nachholbedarf.

In Kenntnis dieser Tatsache haben das Stadtplanungsamt und die Stadtgärtnerei im Zusammenhang mit der Quartierplanung und den Projekten Wohnumfeldverbesserungen bereits vor der Einreichung des Postulates Kontakt mit dem Quartier aufgenommen um die Spielsituation zu verbessern. Konkrete Massnahmen sind in Bearbeitung.

In der Stadtratsdebatte vom September laufenden Jahres wurde vom Stadtrat die Erhöhung des Produktgruppenbudgets 2000 des Jugendamtes für die Massnahmen im Quartier Untermatt um Fr. 15 000.00 beschlossen. Die übrigen zur Lösung der Aufgabe notwendigen Mittel muss das Jugendamt durch Sparmassnahmen auffangen.

Im Zentrum werden die Aufgaben des DOK (Dachverband für offene Kinderarbeit in der Stadt Bern) stehen: der Aufbau der Spielsituation der Kinder und Familien wie auch die Aktivierung der Eltern zugunsten der Verbesserung der Lebenssituation im Quartier.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Beschluss

Das Postulat ist unbestritten und gilt als überwiesen.

5 Postulat Simone Gretler (SP): Kinder in der Stadt Bern: Sicherstellung des Ferienbetreuungsangebots für Schulkinder; Prüfungsbericht

Doris Schneider (GB): Dieses Postulat wurde im Februar 1998 erheblich erklärt. Der Vorstoss stellte einen Versuch dar, die grossen Probleme, die berufstätige Eltern während der Schulferien ihrer Kinder haben, in den Griff zu bekommen.

Die meisten Mütter sind berufstätig. Das familienexterne Netz wie Mittagstisch, Horte und Ähnliches funktioniert während der Schulzeit. Auch die Schulen selber übernehmen immer mehr die Aufgaben von Integration und Betreuung. Für die Ferien interessiert sich aber niemand. Diese sind Privatsache. Wenn das Netz in dieser Zeit zusammenbricht, hängen viele Kinder in leeren Wohnungen und Quartieren herum. Das Berner Ferientageslager und die Ferienstadt Monbijou, beides Arbeitslosenprojekte, waren gut ausgelastet. Das Kindertageslager in der Villa Stucki war sogar schon im Frühling für den Herbst ausgebucht, der Bedürfnisnachweis ist also erbracht. In weiser Voraussicht, dass die Arbeitslosigkeit zurückgehen und das Arbeitslosenprojekt gestrichen werden könnte, hat Simone Gretler zusammen mit mir diesen Vorstoss formuliert.

Die Geschichte des Postulates, welches einzig eine Projektorganisation für das Nachfolgeprojekt verlangt, zeigt, wie ernst es dem Gemeinderat mit der Familienpolitik ist: Der Gemeinderat schreibt in seinem Prüfungsbericht, dass er die Möglichkeit geprüft habe, die Ferientageslager und Ähnliches durchzuführen. Wie hat er das gemacht? Die Intention des Postulates ist doch, dass eine Projektorganisation auf die Beine gestellt wird. Dass die gemeinderätlichen Abklärungen seriös durchgeführt wurden, wage ich deshalb zu bezweifeln. Ich hörte von keiner Arbeitsgruppe, welche dies behandelt hätte.

Wenn gesagt wird, dass die Tagesschulen eng mit den Tagesheimen zusammenarbeiten und dank dieser Kooperation in Einzelfällen immer wieder Kinder platziert werden können, und dass auch die neu geschaffene Fachstelle in Notsituationen Plätze vermitteln könne, dann zeigt dies, dass das familienpolitische Anliegen vom Gemeinderat nicht erkannt wurde. Es geht nicht um Einzelfälle oder Platzierungen in Notsituationen. Es geht um ca. 8'000 Schulkinder und ihre Familien. Man darf sich doch nicht einfach auf die familienexterne Betreuung konzentrieren und dann die 14 Wochen Schulferien ausblenden.

Vorher behandelten wir das Kinderkonzept. Da fielen schöne Worte und wurden lautere Absichten bekannt, und gleichzeitig werden derart wichtige und erfolgreiche Projekte gestrichen. Und man bemüht sich nicht einmal, mit einer Arbeitsgruppe das Weiterlaufen zu sichern. Ich bin von diesem Prüfungsbericht enttäuscht. Auch einer finanziell ausgebluteten Stadt sollte es möglich sein, eine Projektorganisation zusammenzustellen, welche aus den gemachten Erfahrungen von sieben Jahren eine Vorlage zu einem Nachfolgeprojekt entwickelt.

Sylvia Spring Hunziker (SP): Die SP-Fraktion hat den Erläuterungen von Doris Schneider inhaltlich nichts beizufügen. Für uns ist dieses Ferienbetreuungsangebot noch nicht da. Wir haben auch jetzt noch die Absicht, neue Abklärungen zu machen und einen neuen Anlauf zu unternehmen. Wir gehen davon aus, dass dieses Thema auch wieder brisanter werden wird. Deshalb lassen wir den Prüfungsbericht so durch und danken für die Arbeit.

Peter Stucki (EVP): Im Leitsatz 7 des heute besprochenen Konzepts heisst es, dass die Stadt über ein bedarfsorientiertes Angebot von familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen verfügt. Die familienergänzende Kinderbetreuung sei durch verschiedenste Angebote ganzjährig gewährleistet. Wir haben also heute Abend etwas gutgeheissen, und merken nun, dass es manchmal einfach bei schönen Worten bleibt und die Umsetzung dann schwierig wird.

Ich weiss auch, dass wir mit den Finanzen knapp dran sind, aber macht man es sich hier nicht zu einfach? Ich war erstaunt über einen Bericht im 'Bund' von heute über den Kanton Tessin, welcher nun wirklich finanziell nicht gut dasteht und trotzdem jährlich 84,5 Millionen Franken für vorschulische familienexterne Kinderbetreuung ausgibt. Ich finde dies vorbildhaft, auch wenn es bei uns nicht gerade dasselbe sein muss. Man sieht einfach, dass wir trotz einem bejubelten Konzept noch relativ weit hinter anderen Orten nachhinken.

Ich weiss, dass die Angebote, welche die Stadt nun mit dem Fäber und den Tageslagern macht, zum Teil nur mässig ausgelastet sind. Ich gehe aber davon aus, dass für diejenigen Leute, die ein solches Angebot suchen, ein Tageslager nicht reicht. Auch die Lager, welche ausserhalb der Stadt Bern sind, sind längst nicht für alle Eltern eine Alternative, denn viele Eltern wollen ihre Kinder nicht einfach nur in die Ferien schicken, sondern haben sie am Abend auch ganz gerne bei sich zu Hause.

Ich hoffe, dass der Gemeinderat und die Verwaltung da weiterdenkt und diesen 7. Leitsatz nicht einfach zu den Akten legt.

Beschluss

Der Prüfungsbericht wird genehmigt.

6 Postulat Peter Sigerist (GB): Kindertagesstätten - zehn Jahre danach...

Antrag Nr. 247

Am 26.3.98 hat der Stadtrat auf Antrag des Gemeinderats die *Motion Franziska Teuscher (GB): Genügend Krippenplätze in der Stadt Bern*, vom Stadtrat am 6. Juni 1991 überwiesen, zum vierten Mal verlängert und zwar bis Ende 2000.

Gemäss erläuterndem Bericht des Gemeinderats soll damit wiederum ermöglicht werden, „einen Zwischenbericht über das bisher Erreichte vorzulegen“. Im übrigen geht der Gemeinderat davon aus, dass dannzumal erneut eine Verlängerung beantragt werden müsse.

Der Zwischenbericht des Gemeinderats fiel am 17. Dezember 1997 etwas mager aus: einige Kennziffern auf einer Zwei-Drittel-A4-Seite.

Damit für den nächsten Zwischenbericht im Jahr 2000 - zehn Jahre nach Einreichung der Motion - verlässlichere Indikatoren für den notwendigen weiteren Ausbau der städtischen oder von der Stadt subventionierten Kindertagesstätten (Kitag) vorliegen und damit auf immer wieder auftauchende Fragen (u.a. Bevölkerungsschwund und tendenziell nachwievor ansteigende Wartelisten: 1990: 349 wartende Kinder, 1995: 400, 1998: 667!) verlässlich und verbindlich geantwortet werden kann, prüft der Gemeinderat:

- dass in methodischer Anlehnung an die Untersuchung des Service de la recherche en éducation (SRED) „Kinderbetreuung in der Stadt Genf: Indikatoren und Tendenzen“ eine Studie für Bern ausgearbeitet wird, die den politischen Behörden genügend Indikatoren für ihre zukünftigen Entscheide in Sachen ausserfamiliärer, sozialpädagogischer Betreuung und deren Qualität und Preis von Vorschulkindern abgeben kann;
- dass das sich in Überarbeitung befindende heute gültige *Krippenkonzept des Jugendamtes der Stadt Bern von 1984* neu aufgelegt und dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht wird.

Bern, 6. Mai 1999

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat stimmt mit den Postulantinnen und Postulanten überein, dass ein ausführlicherer Bericht über die Situation der familienergänzenden Kinderbetreuung in der Stadt Bern von Interesse ist. Das Jugendamt hat bereits einen solchen Bericht („Bericht über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Bern“ vom September 1999) zusammengestellt. Dieser könnte in Anlehnung an die Genfer Studie partiell ergänzt werden. Fast alle Datenkategorien, die in der Genfer Studie verwendet wurden, werden bereits erhoben und stehen zur Verfügung. Einzig für die Daten über die Haushaltstruktur, d.h. die Familienzusammensetzung und über die Beschäftigungsart und den Umfang der ausserhäuslichen Erwerbstätigkeit müsste auf die Volkszählung abgestützt werden. Die nächste Volkszählung erfolgt im Jahre 2000. Bis aber die gewünschten Daten im entsprechenden Detaillierungsgrad vorliegen werden, wird es bis ins Jahr 2003 dauern. Trotzdem würde es sich lohnen, diese Ergebnisse abzuwarten und nicht eine eigene Erhebung vorzunehmen, die Kosten von mehreren zehntausend Franken verursachen würde. Zudem ist die Rücklaufquote erfahrungsgemäss sehr tief und es müsste mit dem Problem der Mehrsprachigkeit umgegangen werden.

Der Gemeinderat erachtet es als sinnvoll, wenn der Zwischenbericht im Jahre 2000 aufgrund der heute der Stadtverwaltung zur Verfügung stehenden Daten erstellt würde. Zusätzlich soll eine Umfrage bei den Eltern gemacht werden, die den Eintrag ihres Kindes auf der Warteliste für Tagesbetreuungsplätze veranlasst beziehungsweise jährlich bestätigt haben.

Sobald die Daten der Volkszählung vorliegen, kann der Bericht erweitert werden. Zudem könnte ein Vergleich mit den Resultaten der Volksbefragung von 1990 gemacht werden.

Das Krippenkonzept ist in Überarbeitung und kann nächstes Jahr vorgelegt werden.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Peter Sigerist (GB): Ich bin dankbar, dass das Stadtratsbüro dieses Postulat für die heutige Sitzung noch nachgeschoben hat, denn es hat natürlich einen direkten Zusammenhang mit dem vorher diskutierten. Allerdings geht es hier um die Realität, dass wir seit 10 Jahren den Auftrag haben, genügend Plätze anzubieten, aber nach wie vor weit davon entfernt sind, dies zu realisieren, weiter noch als vor 10 Jahren.

Ich bin natürlich froh, wenn ich mit diesem Postulat offene Türen einrenne, bin aber nicht zufrieden mit dem Prüfungsbericht. Diese halbe A4-Seite allein kann nicht der Prüfungsbericht sein, dieser müsste als wesentlich beinhalten was hier nur in Klammer steht. In der dritten Zeile wird nämlich ein 'Bericht über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Bern vom September 99' angesprochen. Den gibt es tatsächlich. Ich erhielt ihn auf dem Jugendamt. Es sollten ihn aber alle erhalten, denn er gehört zu diesem Prüfungsbericht dazu. Allerdings ist er noch nicht öffentlich, weil er noch nicht durch den Gemeinderat gegangen ist. Deshalb stelle ich den Antrag, dass hier nicht nur die paar Zeilen, mit denen ich ansonsten voll einverstanden bin, sondern auch dieser Bericht zum Prüfungsbericht gehört. Wenn Frau Begert damit einverstanden ist, bin ich mit dem Postulatsbericht glücklich und einverstanden.

Irène Marti Anliker (SP): Ich bin auch der Meinung, dass wir diesen Bericht erhalten sollten. Aber nur deshalb müssen wir hier nicht den Prüfungsbericht ablehnen und die Verwaltung mit einem neuen beauftragen, sofern wir hier die Zusage erhalten, dass dieser allen verschickt wird oder man ihn bestellen kann.

Gesundheits- und Fürsorgedirektorin *Ursula Begert*: Ich freue mich ausserordentlich, dass ich Herrn Sigerist heute abend glücklich machen kann. Wir hatten diesen Bericht fast fertig und stellten dann fest, dass die Zahlen für die Vergleiche mit anderen Gemeinden nicht brauchbar waren. Deshalb mussten wir alles von neuem bearbeiten und konnten den Bericht nicht rechtzeitig in den Gemeinderat bringen. Aber weil es zum heutigen Bündel Kinderpolitik gehört, wollte ich es hier traktandieren. Dieser Bericht, in welchen Herr Sigerist bereits Einsicht nahm, ist eben vom Gemeinderat noch nicht verabschiedet. Wir wollen Euch mit den aktuellen Zahlen bedienen, müssen aber immer noch auf die Volkszählung von 1990 abstützen. Deshalb wäre es mir lieber, wenn wir erst dann damit kommen müssen, wenn wir aktuelle Zahlen haben.

Peter Sigerist (GB): Ich bin tatsächlich glücklich, Ihr Versprechen reicht mir und ich bin demzufolge mit dem Prüfungsbericht einverstanden.

Beschluss

Das Postulat und der Prüfungsbericht sind unbestritten und gelten als überwiesen.

7 Interpellation Blaise Kropf (JA!): Kriegsspiele für Kinder in den Ferien: Was hat sich die Stadt überlegt?

Antrag Nr. 249

Im „FÄGER-Programm“ dieses Jahres findet sich ein überraschendes Angebot: „Übung Nachtfalke in der Pz Gren RS 221“ in Thun. Kindern ab dem sechsten Schuljahr wird die Möglichkeit geboten, einen Teil des Tagestrainings der Panzergrenadier-Rekrutenschule mitzumachen und beim Nachttraining derselben dabeizusein. Der Entscheid, eine solche Veranstaltung ins Angebot des FÄGERs aufzunehmen, gibt Anlass zu einigen kritischen Fragen.

Grundsätzlich gilt es anzumerken, dass das Anbieten von Freizeitaktivitäten und Adventurevents weder zu den engeren noch zu den weiteren Funktionen der Armee gehört. Auch in der Armee 200X bzw. XXI wird in der Rekrutenschule nicht der Umgang mit Kindern und Feriengästen gelehrt, sondern es wird nach wie vor das Kriegshandwerk vermittelt; für eine Einheit der Panzergrenadiere gilt dies ganz besonders. Diese Realität wird im FÄGER-

Angebot nicht berücksichtigt. Kindern wird suggeriert, dass eine Panzer-RS in erster Linie Möglichkeiten für spannende Abenteuerspiele biete.

Dass die Schweizer Armee unterdessen sogar auf solche PR-Gags angewiesen ist, um einen Anschein an Sinn und Legitimität zu wahren, braucht hier nicht weiter kommentiert zu werden. Vielmehr stellt sich die Frage nach den Überlegungen der verantwortlichen Stellen in der Stadt Bern, eine solche Veranstaltung ins FÄGER-Angebot aufzunehmen.

In Bern wie auch anderswo gibt es in letzter Zeit berechtigterweise eine ganze Reihe von Anstrengungen, Kindern und Jugendlichen den gewaltlosen Umgang mit Problemen näherzubringen. Dass nun im Rahmen des FÄGERs eine Veranstaltung angeboten wird, deren Attraktivität in erster Linie durch die „Faszination Gewalt“ genährt wird, ist zumindest erstaunlich. Der Stadtrat hat zudem in den vergangenen Jahren mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass es nicht Aufgabe Berns sei, der Armee Beschäftigungstherapien anzubieten. Vor fünf Jahren wurde im Stadtrat ein Vorstoss von Ursula Hirt (GB) überwiesen, der eine Entmilitarisierung der Stadt forderte. Vor diesem Hintergrund lässt der Entscheid des Jugendamtes keine grosse Sensibilität für die skizzierte Problematik erkennen.

Der Gemeinderat wird deshalb zur Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Welche Überlegungen haben zur Aufnahme der „Übung Nachtfalke“ ins Programm des FÄGERs geführt?
2. Hatte der Gemeinderat Kenntnis von der Aufnahme dieser Veranstaltung ins FÄGER-Programm?
3. Ist der Gemeinderat nicht auch der Ansicht, dass eine solche Veranstaltung nicht ins Programm von Ferienaktivitäten für Kinder gehört?
4. Ist der Gemeinderat bereit, in Zukunft auf die Durchführung solcher Veranstaltungen zu verzichten?

Bern, 26. August 1999

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Meinung der Interpellantinnen und Interpellanten, dass der Umgang mit dem Thema Gewalt – in welcher Form auch immer – in unserer Gesellschaft sorgsam diskutiert werden soll. Dies ist besonders wichtig, wenn Kinder sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Im beanstandeten Angebot des „FÄGER“ haben sich Kinder und Jugendliche mit dem Militär auseinandergesetzt. Diese Veranstaltung, die in einem Ferien- und Freizeitprogramm des Jugendamtes erscheint, kann Fragen auslösen. Es ist dem Gemeinderat deshalb wichtig, die Überlegungen, welche zu diesem Angebot geführt haben, möglichst differenziert darzustellen.

Zu Frage 1: Grundsätzlich müssen wir Erwachsenen zur Kenntnis nehmen, dass Kinder und Jugendliche je nach Alter zu kritischen und differenzierten Betrachtungen fähig sind und also auch einen Besuch in einer Panzergrenadier-RS nicht ohne eigenständige Gedanken über sich ergehen lassen. Angesichts der unteren Alterslimite von 12 Jahren darf den Teilnehmenden an dieser Übung zugestanden werden, dass sie sich über das Thema Armee, Krieg, bewaffnete Konflikte bereits über andere Quellen Informationen beschafft haben und im Prozess der Meinungsbildung weitere Eindrücke und Informationen sammeln wollen, welche zu einer eigenen, differenzierten Betrachtung beitragen sollen.

Während der Übung wurden sehr wohl Sequenzen mit Erlebnischarakter einbezogen, wurde Einblick in Mittel und Funktionen dieser Truppen gewährt. Gleichzeitig standen sowohl Mitarbeitende des Jugendamtes als auch Personen unterschiedlichsten Grades aus der Rekrutenschule zur Verfügung, so dass ein angemessener Umgang mit den Kindern und ihren Fragen sichergestellt war.

Um möglichst viele Kinder und Jugendliche mit dem FÄGER-Angebot anzusprechen, ist das Jugendamt darauf bedacht, dieses möglichst vielfältig auszugestalten.

Es ist ein Ziel des FÄGER, dass die Kinder zusammen mit ihren Eltern das Programm studieren, besprechen und eine Auswahl treffen. Deshalb benötigt es für die Teilnahme an einer FÄGER-Veranstaltung auch die Unterschrift eines Elternteils. Den Eltern der Teilnehmerin-

nen und der Teilnehmer war also bewusst, wofür sie ihr Kind anmeldeten. Auch ihnen muss man zutrauen, dass sie sich die nötigen Gedanken zum Wohl ihres Kindes gemacht haben. Spezifisch auf dieses Angebot hat die Informationsstelle für Jugendfragen einen Fragebogen an die Eltern, deren Kinder an der „Übung Nachtfalke“ teilgenommen haben, geschickt. Sämtliche Eltern haben die Fragebogen ausgefüllt zurückgeschickt. Aus diesen ist ersichtlich, dass die Veranstaltung in den Familien thematisiert wurde.

Zu Frage 2: Die Ausgestaltung des FÄGER-Programms mit 300 – 400 Angeboten pro Jahr wird vom Jugendamt, Sektion Jugendpflege, selbständig bestimmt. In fraglichen Angeboten wie dem besprochenen werden auf Fachebene innerhalb der Sektion, aber auch in der Geschäftsleitung des Jugendamtes diskutiert. Entscheidend war das Ziel, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich selber ein Bild von der Armee zu machen.

Der Kursleitung und der Begleitung des Jugendamtes wurde im Verlaufe der Veranstaltung bestätigt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit kritischen Gefühlen an der Übung teilnahmen und die Jugendlichen rege über die Vor- und Nachteile des Militärs diskutierten.

Zu Frage 3: Da die „Übung Nachtfalke“ für Schülerinnen und Schüler ab der 6. Klasse ausgeschrieben war, ist der Gemeinderat der Meinung, dass den Jugendlichen in diesem Alter zuzumuten sei, dem Militär differenziert zu begegnen. Für die Jugendlichen ist es wichtig, dass sie sich mit ihrer Umwelt auseinandersetzen. Wenn alles von ihnen ferngehalten wird, was Fragen aufwerfen könnte, können sie sich auch nicht mit dem Thema auseinandersetzen.

Aus den Rückmeldungen der Eltern der Teilnehmenden ist ersichtlich, dass in den Familien über Militär, Gewalt und Waffen diskutiert wurde. Die Jugendlichen äusserten ihre eigene Meinung und konnten das Erlebte mit den Eltern besprechen.

Zu Frage 4: Der Gemeinderat sieht keine Veranlassung, solche Angebote generell vom FÄGER-Programm auszuschliessen. Jedes Angebot muss auf seine Eignung überprüft werden. Dies ist auch im diskutierten Fall geschehen. Die Leitung der Sektion Jugendpflege und die Abteilungsleitung des Jugendamtes waren beeindruckt von der einfühlsamen und bedachten Art und Weise, in der die Rekruten und ihre Vorgesetzten mit den Jugendlichen umgegangen sind. Auch den Vertretern der Rekrutenschule schien eine möglichst wertfreie Information ein Anliegen zu sein.

Die Eltern der teilnehmenden Jugendlichen empfahlen bis auf eine Ausnahme, dieses Angebot weiterzuführen.

Auch in Zukunft wird der FÄGER unterschiedlichste Angebote für Kinder und Jugendliche machen, wobei eine gewissenhafte Prüfung im Interesse der Kinder und ihrer Eltern soweit möglich durchgeführt wird. Wo dies pädagogisch sinnvoll und vertretbar erscheint, werden auch künftig tabuisierte Themen nicht grundsätzlich ausgeklammert.

Die FÄGER-Card-Besitzerinnen und -Besitzer und ihre Eltern sollen selbständig entscheiden können, welche Veranstaltungen sie besuchen wollen. Nicht alle FÄGER-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer haben die gleichen Bedürfnisse, weshalb das FÄGER-Programm vielfältig und wertfrei sein soll.

- Auf Antrag des Interpellanten beschliesst der Rat Diskussion -

Blaise Kropf (JA!): Die Antwort des Gemeinderats auf unsere Interpellation stellt mich alles andere als zufrieden. Die Interpellation war so angelegt, dass sie eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Thematik erlaubt hätte. Zumindest zu Beginn der Antwort hatte ich auch das Gefühl, dass der Gemeinderat dies ebenfalls so aufgefasst hatte.

Allerdings bleibt die Antwort nur beim Vorsatz, das Ganze differenziert zu diskutieren. Was dann folgt, liest sich grosso modo wie eine längere Rechtfertigung, wieso die Übung Nachtfalke in das Fägerprogramm aufgenommen wurde. Um es vorwegzunehmen, auch diese Begründung scheint mir wenig überzeugend.

In unserer Gesellschaft und auch in unserer Stadt herrscht ein breiter Konsens, dass die Themen Gewalt, Konflikt, Konfliktlösungsstrategien und insbesondere Jugendgewalt ernst genommen werden müssen. Es ist ein Zufall, dass wir gerade für die heutige Sitzung die drei gelben Merkblätter zur Jugendgewalt vorliegen haben. Im Merkblatt zur Gewalt in den Schulen und den Kindergärten findet sich denn auch eine Passage, welche ich kurz zitieren möchte: "Gewalt in all ihren Erscheinungsformen darf und soll nicht einfach hingenommen

werden. Ihr ist mit allen den verschiedenen Institutionen zur Verfügung stehenden Mitteln gezielt und entschlossen entgegenzutreten.“ Das ist eine Aussage, welche den Willen der Stadt bekräftigt, das Problem der Gewalt in all seinen Facetten ernst zu nehmen und dagegen vorzugehen.

Jetzt stellt sich allerdings die Frage, wie man dagegen vorgehen will. Wir sind uns hoffentlich darin einig, dass das Merkblatt 'Gefährliche Begleiter', welches in diesen gelben Unterlagen dabei ist, nicht genügt. Gewalt verschwindet nicht, wenn zufälligerweise weniger Waffen an den Schulen getragen werden. Repressive Massnahmen mögen zwar in einer gewissen Situation angebracht sein, aber ein Vorgehen, welches der Gewalt mit allen den verschiedenen Institutionen zur Verfügung stehenden Mitteln gezielt und entschlossen entgegentreten will, bedingt einfach mehr. Vor diesem Hintergrund möchte ich auch meine Interpellation eingereicht wissen.

Jetzt stellt sich die Frage, ob das Anbieten eines Abenteuer-Events in einer Rekrutenschule von Panzergrenadieren ein taugliches Mittel ist, um das erwähnte Ziel zu erreichen. Wenn man die gemeinderätliche Antwort liest, dann müsste man dies eigentlich bejahen. Der Gemeinderat vermittelt in seiner Antwort den Eindruck, dass es sich bei der Fäger-Veranstaltung um einen von der Friedensbewegung organisierten Workshop zum Thema 'Sinn und Unsinn der Armee' handelt. Damit möchte ich nicht einfach polemisieren. Der Gemeinderat schreibt nämlich unter anderem, dass sowohl Mitarbeitende des Jugendamtes als auch Personen verschiedenen Grades aus der Rekrutenschule zur Verfügung gestanden seien, was einen angemessenen Umgang mit den Kindern und ihren Fragen sichergestellt habe. Oder dass im Verlaufe der Veranstaltung der Kursleitung des Jugendamtes bestätigt wurde, dass die Teilnehmenden mit kritischen Gefühlen teilnahmen und die Jugendlichen rege über die Vor- und Nachteile des Militärs diskutierten.

Eine solche Argumentation ist, mit Verlaub, schlichtweg eine Augenwischerei. Bei der Fägerveranstaltung handelte es sich um ein Abenteuer auf einem militärischen Schauplatz, mit militärischem Gerät und einem militärischen sozialen Umfeld. In dieser Hinsicht war bereits die Ausschreibung ganz klar. Dabei spielt es auch überhaupt keine Rolle, ob es bei dieser Armee um die Armee eines Kleinstaates oder um die Armee einer Supermacht geht, es geht auch nicht um die Frage von Armeebefürwortung oder Armeegegnerschaft. Hier spielen Kinder und Jugendliche auf der Thuner Allmend Krieg. Und eine solche Veranstaltung finden wir in der Tat nicht kompatibel mit den Anstrengungen dieser Stadt zur Bekämpfung von Gewalt. Zur Frage nach der Auseinandersetzung mit der Armee: Grundsätzlich würde ich es sehr begrüßen, wenn die Stadt Diskussionsforen zur Auseinandersetzung mit solchen Fragen bereitstellen würde, beispielsweise im Rahmen des Fägers. Dann sollten diese Veranstaltungen allerdings nicht unter Abenteuer und Spiel angeboten werden. Die Ausschreibung im Programmheft war da aber eindeutig, von Diskussionen und Reflexionen über die Armee war keine Spur zu lesen.

Zur Frage von Bevormundung und Zensur: Wenn die Stadt aus freien Stücken darauf verzichtet, gewisse durchaus denkbare Veranstaltungen in das Programm des Fägers aufzunehmen, dann handelt es sich da weder um Bevormundung noch um Zensur. Beim Fäger handelt es sich nicht um eine externe Institution, welche gratis und franko Veranstaltungen für die Stadt erbringt. Es ist die Stadt selber, welche dieses Programm auf die Beine stellt und auch finanziert.

Noch zur Sensibilität dieser Veranstaltung: Vor fünf Jahren hat dieses Gremium den Vorstoss von Ursula Hirt überwiesen, welcher eine Entmilitarisierung der Stadt forderte. Ich gehe eigentlich davon aus, dass überwiesene Vorstösse vom Gemeinderat und der Verwaltung auch berücksichtigt werden sollten. In diesem Fall hat sich aber die Exekutive keinen Deut um den Willen des Parlamentes gekümmert. Es zeugt auch nicht gerade von allzu viel Fingerspitzengefühl, wenn das Jugendamt nach der Debatte um das Sommerprogramm des Fägers im Herbstprogramm dann auch noch Luftgewehrschiessen propagierte. Eine derart geringfügige Programmkorrektur wäre allemal möglich gewesen. Diese Panzerveranstaltung ist auch nicht gerade wahnsinnig sensibel, wenn man berücksichtigt, dass Organisationen wie die UNICEF Anstrengungen unternehmen, Programme zur Wiedereingliederung von Kindersoldaten in die Gesellschaft durchzuführen. Kindern muss man sinnvollere Werkzeuge in die Hand geben als jene des Tötens.

Der Gemeinderat hat es wieder einmal verpasst, eine Auseinandersetzung zu einem wichtigen Thema zu führen. Das ist schade. Aber ich hoffe trotz dieser Antwort, dass der Gemeinderat nächsten Sommer auf die Durchführung solcher Aktivitäten verzichten wird.

Kurt W. Weyermann (FDP): Die FDP ist zufrieden mit der gemeinderätlichen Antwort. Dass diese Interpellation von der linken Seite her kommen musste, war ziemlich klar. Die Armee ist ein Teil unseres Landes, unseres Staates. Ich glaube, dass Kinder und Jugendliche, welche auch diesen Teil kennenlernen wollen, sicher genügend differenzieren können. Heute abend wurde hier vorne von Eurer Seite her dauernd von Verantwortung, von Einbeziehung und so weiter gesprochen. Wo sollen die Jungen denn ihre Meinung hernehmen? Ich gehe nicht davon aus, dass sie sie bei der Jungen Alternative holen können, denn diese hat nur eine Meinung, und sie entspricht nicht jener der Mehrheit in der Schweiz. Die Jungen von heute sollen sich auch mit der Armee auseinandersetzen können. Die Armee ist ein Teil von uns und ich gehe davon aus, dass man mit der richtigen Einstellung so etwas auch verkraften kann.

In einer solchen Nacht wird nicht unbedingt Gewalt gezeigt. Da gibt es auch Kameradschaft, Unterordnung, ein Zusammenleben auf engstem Raum und vieles mehr. Und wenn wir der Gewalt absagen wollen, dann müssten wir auch das Fernsehen verbieten, die Kinos, die Heftchen. Im Fernsehen werden jede Nacht Tausende von Menschen umgebracht, auf grausamste Art. Und das ist dann in Euren Augen nicht so bedenklich.

Raymond Anliker (SP): Herr Weyermann: Es ist nicht ganz so einfach. Es gibt halt schon einen Unterschied zwischen Meinungsbildung und Reizüberflutung. Das sind zweierlei Dinge. Blaise Kropf hat diese Fragen absolut zu Recht gestellt und mit Kopfschütteln hat auch die SP-Fraktion die Antwort des Gemeinderats zur Kenntnis nehmen müssen. Aber ich denke, dass es wenig Sinn macht, im Zusammenhang mit dieser Problematik über ideologische Grundsätze zu debattieren, zum Beispiel in welchem Alter sich Jugendliche mit dem Militär befassen sollen oder ob sie dies überhaupt tun sollen.

Mit realitätsfremder Schreibtischpsychologie, wie sie in der Beantwortung der ersten Frage zum Ausdruck kommt, kann man letztendlich alles rechtfertigen. Wahrscheinlich kann niemand etwas dagegen haben, dass sich junge Menschen ein Bild von der Armee machen können. Aber das kritisierte Fägenderangebot mit dieser Zielvorgabe zu rechtfertigen scheint uns doch reichlich zurechtgebogen.

Für mich steht noch etwas anderes im Vordergrund: Welche Werte und Normen sollen bei der Programmierung des Fägenderangebotes im Vordergrund stehen? Seit es das Fägenderangebot gibt, sucht man nämlich vergeblich nach ähnlichen Angeboten. Anscheinend kam nie jemand auf die Idee, Kindern einen derart queren Zugang zur Armeethematik zuzumuten. Echtes Erleben stand im Vordergrund; eine Alternative zur Reizüberflutung, welcher Kinder und Jugendliche heute ausgesetzt sind; Kreativität statt Playstation, Erleben, Gestalten, Kommunizieren statt nur Konsumieren. Ein wahrlich sinngebendes und sinnmachendes Programm. Kein Angebot musste jemals nachträglich derart abstrus gerechtfertigt werden, und kein Programm musste mit einem derartigen Aufwand, mit Unterschrift von den Eltern und Feedbackfragebogen vor- und nachbearbeitet werden. Woran müssen wir uns in der Programmierung orientieren? Ich darf darauf verweisen, dass das Jugendamt ein NSB-Pilotamt ist, und da haben wir Zielvorgaben. Da heisst es zur Produktgruppe Jugendpflege bei den übergeordneten Zielen: "Sinnvolle, die Eigeninitiative und Kontakt fördernde Freizeit- und Ferienaktivitäten sind organisiert und werden unterstützt". Wie kann die FDP mit dieser Antwort zufrieden sein, wenn die Zielvorgaben nicht eingehalten werden?

Die SP-Fraktion erwartet von den Programmverantwortlichen in Zukunft eine etwas glücklichere Hand bei der Gestaltung des Fägenderprogramms. Mehr Verständnis für die entstehende Problematik, für die Fragwürdigkeit dieses Angebots. Wir wünschen uns auch, dass in Zukunft wieder Ferienaktivitäten angeboten werden, welche sich an den Werten, Normen und Zielvorgaben orientieren, welche bis anhin im Jugendamt eine Selbstverständlichkeit waren.

Beat Schori (SVP): Die SVP ist auch zufrieden mit der Antwort. Wir möchten den Verantwortlichen sogar dazu gratulieren, dass sie den Jungen die Armee zeigen und sie dazu veranlassen, sich eine eigene Meinung zu bilden. Herr Kropf war wohl noch nie in der Armee.

Die Schweizer Armee ist eine passive Armee, sie ist nicht dazu da, anzugreifen, sondern für die Verteidigung. Ich war an manchem Dienstag in der Armee, ich war viel auf dem Land dank der Armee, und ich sah immer, wie die Kinder Freude hatten an der Armee. Leider haben die Kinder in der Stadt dazu nicht so viele Gelegenheiten, deshalb ist es gut, wenn man es ihnen zeigt, dann können sie auch selber entscheiden. Es ist im Übrigen auch ein freiwilliger Kurs, niemand wurde dazu gezwungen. Den Eltern, die ihre Kinder da hinschickten, möchte ich gratulieren, sie haben diese zur Selbstständigkeit erzogen. Dies ist sonst das Anliegen der linken Seite, hier will sie die Kinder wohl an der Armee vorbeismuggeln.

Anton Maillard (CVP): Der Besuch dieser Rekrutenschule war für die Kinder freiwillig. Auch wurde kein Elternteil dazu gezwungen, die Kinder nach Thun zu schicken. Auch das Interesse, an diesem Anlass mitzumachen, kam sicherlich von den Kindern selber und nicht von den Eltern. Der Besuch bei der Panzergrenadier-RS ist nicht der erste seiner Art. Als ich noch in die Schule ging, besuchte man bereits Rekrutenschulen, und schon damals war dies freiwillig. Auch heute sind nur wenige Eltern bei der GSoA wie Herr Kropf. Die anderen haben keine Bedenken, ihren Kindern diesen Besuch zu erlauben. Schon einmal verfocht ein Ratsmitglied aus den Reihen von Herrn Kropf die Anliegen der GSoA. Auch Herrn Kropf sage ich nun dasselbe: Sie sind mit diesen GSoA-Gedanken in diesem Rat leider am falschen Ort.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert:* Ich bin der Meinung, dass man Kinder nicht in Watte packen soll. Man hat bei der Ausschreibung das Mindestalter sehr sorgfältig geprüft. Wir haben auch andere Angebote, es ist eine breite Palette. Man kann es niemals allen Recht machen, einmal wurde ich ziemlich angegriffen, weil die Kinder hinter die Kulissen von McDonald's schauen durften. Das Angebot, einen Einblick in unsere Armee zu gewinnen, und dies auf eine sehr sorgfältige Art und Weise, war innert Kürze voll ausgebucht. Es scheint mir ein Aspekt im Leben zu sein, und ich sehe nicht ein, weshalb man gerade diesen nicht gut und sorgfältig vorbereitet im Angebot haben kann. Wenn dies absolut auf Ablehnung gestossen wäre, hätte man es natürlich nie in Erwägung gezogen. Es ist im Übrigen nicht einfach, mit sehr wenig Geld ein attraktives und vielseitiges Ferienangebot zur Verfügung zu stellen.

Herr Kropf sprach noch das Luftgewehrschiessen an. Dieses ist nicht zum ersten Mal im Angebot, und es ist eine sportliche Disziplin, das Schiessen an sich sogar eine olympische Disziplin. Von mir aus gesehen ist es durchaus möglich, mit solchen Sachen spielerisch oder sportlich umzugehen.

Kinder können sehr oft, nicht nur zu später Stunde, unbeaufsichtigt die brutalsten Krimis und gewalttätigsten Sendungen anschauen, das sind aber andere Dimensionen. Wir versuchten, mit dem Thema Waffen und Landesverteidigung in einer sorgfältigen Art und Weise umzugehen. Ich bin nicht bereit, solche Angebote ersatzlos aus dem Programm zu streichen. Es ist klar, dass Herr Kropf hier meine Meinung nicht teilt, aber ich finde, dass man andere Meinungen akzeptieren und respektieren sollte, auch wenn man sie nicht teilt. Deshalb bin ich der Meinung, dass eine solche Veranstaltung durchaus verantwortbar ist.

8 Postulat Irène Marti Anliker (SP): Ein ganzheitliches Präventionskonzept für die Stadt Bern

Antrag Nr. 122

Der Begriff Prävention wird bei vielen Leuten eingeschränkt auf den Bereich Sucht verstanden. Der präventive Ansatz erfasst aber das ganze Lebenskontinuum (Säuglinge bis Hochbetagte) und die gesamte Palette von Gesundheitsproblemen, mit denen ein Individuum, eine bestimmte Gruppe von Menschen oder die Gesellschaft konfrontiert werden kann.

Die Gesundheitskosten sind in der Schweiz, vergleichsweise mit anderen Industrienationen, sehr hoch; vor allem der stationäre Bereich verschlingt am meisten Geld. Der stationäre Bereich setzt sich vorwiegend mit vorhandenen Gesundheitsproblemen auseinander, Krankheit soll geheilt und/oder therapiert werden.

Eine konsequente Präventivmedizin ist in der Schweiz, trotz der hohen Kosten, nicht etabliert, die Gesundheitswissenschaften, Public Health ein Stiefkind der Forschung. Anerkannterweise haben aber gerade städtische Gebiete einen grossen Bedarf an präventiven Einrichtungen und Projekten.

Auch die Stadt Bern verfügt über einige Projekte in der Präventionsarbeit, vor allem mit dem Focus „Sucht“. Angesichts der grossen Gefährdung von Kindern und Jugendlichen in dieser Frage ist das Engagement, wie es im Drogenpräventionskonzept vorgestellt worden ist, sicher mehr als gerechtfertigt.

Auch in den sozialplanerischen Leitlinien der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion der Stadt Bern sind wichtige präventive Massnahmen, vor allem im sozialpolitischen Bereich, aufgeführt. Es fehlt aber ein Gesamtüberblick über alle städtischen, städtisch finanzierten und privaten Präventionseinrichtungen und -Konzepte.

Deshalb wird der Gemeinderat aufgefordert, ein ganzheitliches Präventionskonzept auszuarbeiten, welches auf den bestehenden Unterlagen aufgebaut wird. Das Konzept soll eine Prioritätenliste enthalten, welche speziell benachteiligte Bevölkerungsgruppen ins Zentrum stellt. Schwergewichtig sollte das Konzept folgende Teile enthalten:

- Analyse; Auflistung aller Einrichtungen und Projekte im Präventionsbereich der einzelnen Direktionen in der Stadtverwaltung und von subventionierten Organisationen. Regionale und kantonale Einrichtungen sind, sofern sie für die Stadt relevant sind, miteinbezogen. Bevölkerungsgruppen, an die sich die Präventionsangebote richten, sind sichtbar, ebenfalls ob es sich um primäre, sekundäre oder tertiäre Prävention handelt. Angebote im Frauengesundheitsbereich sind speziell erwähnt. Lücken im Präventionsbereich sind aufgeführt.
- Koordination; Beurteilung des Gemeinderats bezüglich Zusammenarbeit, Koordination der einzelnen Direktionen respektive Organisation in diesem Gebiet.
- Massnahmenplan; Zielsetzung für eine ganzheitliche Präventionsarbeit in der Stadt Bern. Der Massnahmenplan soll, nach Prioritäten geordnet, aufzeigen, wie der Gemeinderat das Präventionskonzept umsetzen will.

Bern, 18. Februar 1999

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Überzeugung der Postulantin, dass ein Gesamtüberblick über alle von der öffentlichen Hand oder von privater Seite finanzierten Präventionsangebote ebenso wie eine Darstellung von Präventionslücken in der Stadt Bern als Grundlage für eine umfassende Planung und Prioritätensetzung im Präventionsbereich Sinn macht.

Der Gemeinderat möchte jedoch vom Begriff „Prävention“ abweichen, weil mit diesem vorwiegend die Verhütung von Krankheiten gemeint ist, und stattdessen den übergeordneten ressourcenorientierten Begriff „Gesundheitsförderung“ verwenden, der neben der risikofaktorbetonten sozialen und medizinischen Prävention auch die Beeinflussung gesundheitsbezogenen Handelns sowie die aktive Einwirkung auf materielle, soziale und kulturelle Lebens- und Umweltbedingungen beinhaltet. Er versteht die Postulatsformulierung in diesem Sinne als Ruf nach einer Auslegeordnung des gesundheitsfördernden Angebotes und nach der Formulierung von gesundheitsfördernden politischen Strategien und Massnahmenplänen für die Stadt Bern.

Eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik ist deshalb insbesondere bestrebt, soziale Benachteiligungen zu verhindern und die Arbeits-, Wohn-, Umwelt- und Bildungsbedingungen zu verbessern. In den letzten beiden Jahren wurden als Antwort auf parlamentarische Vorstösse bereits einige Anstrengungen zur Schaffung von Grundlagen und Leitplanken für eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik unternommen:

- In der Gemeinderatsantwort auf die Motion Sven Baumann betreffend Präventionskonzept für die Drogen-Task Force sind Ansätze eines gesamthaften Überblicks insofern vorhanden, als es sich bei den dort aufgezählten primärpräventiven Angeboten in der Mehrzahl um Gesundheitsförderungsprojekte als Basis sämtlicher Anstrengungen im Suchtpräventionsbereich handelt.

- In den sozialplanerischen Leitlinien der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion sind gesundheitsfördernde Massnahmen mit Schwerpunkt auf Sozialem und Umwelt enthalten.
- Das Integrationsleitbild greift die diesbezügliche Situation im Migrationsbereich auf.
- Die Lebensqualitätsbefragung wird die aktuellen Bedürfnisse der Bevölkerung aufzeigen (Berichterstattung Ende 1999 durch den Gesundheitsdienst).

Für einen Gesamtüberblick gilt es, die vorhandenen Instrumente zusammenzuführen und Datenlücken durch zusätzliches Nachfragen bei den Institutionen zu füllen.

Der Aufwand für eine solche Zusammenführung der vorhandenen Daten und das Füllen von Lücken mit dem Ziel einer flächendeckenden Auslegeordnung unter Einschluss auch privater und kantonaler Angebote im städtischen Bereich und für die Formulierung eines Massnahmenplanes ist nicht zu unterschätzen. Im Rahmen der aktuellen und zukünftig noch wachsenden personellen Engpässe (40-Stunden-Woche, Sparmassnahmen) werden bei den meisten Direktionen für eine solche Aufgabe kaum zeitliche Ressourcen vorhanden sein. Im Rahmen seiner laufenden Grundlagenarbeiten zur Gesundheitsplanung hat der Gesundheitsdienst die Erarbeitung eines Gesundheitsförderungskonzeptes 2000 mit einem Arbeitsaufwand von 200 Stunden bereits vor dem Eingang des Postulats eingeplant. In welchem Zeitraum und Umfang die postulierten, wesentlich umfangreicheren Konzeptarbeiten umgesetzt werden können, muss überprüft werden. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt und der Überlastung des Gesundheitsdienstes ist eine Konzentration auf das Wesentliche und der Mut zur Lücke unabdingbar.

Das Vorgehen kann folgendermassen strukturiert werden:

- Erarbeiten eines Ablaufplanes, Bildung einer Arbeitsgruppe;
- Erhebung der vorhandenen Angebote durch Zusendung eines Fragebogens an alle Verwaltungsabteilungen und an kantonale wie private Institutionen, die im städtischen Gesundheitsförderungsbereich tätig sind;
- Erstellen eines Grobentwurfs für ein Gesundheitsförderungskonzept;
- Überprüfen von Lücken anhand der Befragungsergebnisse und der bereits vorliegenden Daten, Ermitteln von Koordinationsbedarf und Formulieren von Umsetzungsvorschlägen durch eine interdirektionale Arbeitsgruppe (ev. auch unter Beizug von interessierten verwaltungsexternen Personen);
- Prioritätensetzung durch den Gemeinderat;
- Überarbeitung der Resultate und Berichterstattung.

Der Gemeinderat ist bereit, die Arbeiten - wie oben dargestellt - durchführen zu lassen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

- Auf Antrag der Postulantin beschliesst der Rat Diskussion. –

Irène Marti Anliker (SP): Zuerst möchte ich dem Gemeinderat danken, dass er mein Postulat entgegennehmen will. Auch in der angespannten finanziellen Lage in der Stadt ist es sehr dringend, dass man eine Analyse der bestehenden Angebote macht, denn wir brauchen eine Grundlage für weitere politische Entscheide. Ich möchte hier klar betonen, dass wir davon ausgehen, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, welche aus Mitgliedern der verschiedenen Direktionen besteht, vor allem aus der Schuldirektion und der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion. In diesen Fragen muss besser zusammengearbeitet werden.

Das Postulat und auch die Postulatsantwort zeigen auf, wie wichtig der Gesundheitsdienst in der Stadt Bern ist, weit über die Reihenuntersuchungen hinaus. Er ist auch deshalb wichtig, damit jemand die Federführung für diese wichtigen Arbeiten übernehmen kann.

Noch etwas zum Begriff der Prävention: Ich bin einverstanden, dass man hier vom Begriff der Gesundheitsförderung spricht. In meinem Verständnis des Begriffs ist diese eigentlich mitgemeint.

Die SP-Fraktion wird ganz genau prüfen, inwiefern eine solche Arbeit nachher mit Massnahmen umgesetzt werden soll. Wir behalten uns vor, zu einem späteren Zeitpunkt wieder neue Vorstösse einzureichen, denn wir befürchten, dass es vor allem aus finanziellen Grün-

den bei der Umsetzung Probleme geben wird. Wir denken aber, dass gerade in diesem Bereich Prioritäten gesetzt werden müssen.

Sven Baumann (GFL): Unsere Fraktion unterstützt die Forderung nach einem ganzheitlichen Präventionskonzept voll und ganz. Zu Recht hat die Postulantin auf bestehende Lücken aufmerksam gemacht. Neben der punktuellen Sicht auf die Drogenprävention braucht es den Blick auf das Ganze.

Aus der gemeinderätlichen Antwort werden wir aber nicht ganz schlau. Sie ist in unseren Augen sachlich nicht nachvollziehbar und auch formell schwer verständlich. Auf der einen Seite teilt der Gemeinderat die Meinung des Vorstosses und will ihn auch entgegennehmen, andererseits macht er aber grosse Vorbehalte, macht auf die fehlenden zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen aufmerksam und ist nur bereit, die postulierten Arbeiten wie oben dargestellt durchzuführen. Der Gemeinderat spricht vom Mut zur Lücke. Sind es aber nicht gerade diese Lücken, welche die Postulantin schliessen will? Mit einem Postulat wird der Gemeinderat verpflichtet, gewisse Massnahmen zu überprüfen. Er hat die Möglichkeit, ein Postulat entgegenzunehmen und die Antwort gleichzeitig als Prüfungsbericht genehmigen zu lassen. Hier haben wir die paradoxe Situation, dass der Gemeinderat das Postulat für erheblich erklärt, er aber im Vornherein sagt, dass er nicht alle Forderungen erfüllen will. Seine Antwort will er aber nicht als Prüfungsbericht verstanden haben. Die GFL/EVP-Fraktion bittet Euch, dieses Postulat in dem Sinne zu überweisen, wie es von der Postulantin formuliert und nicht etwa wie es vom Gemeinderat beantwortet wurde.

Mit einem Postulat versucht der Stadtrat, im Kompetenzbereich des Gemeinderats Schwerpunkte zu setzen, Prioritäten zu ändern und allenfalls Mittel umzulagern. Wie der Anfang der gemeinderätlichen Antwort und die klare Überweisung meines Präventionsvorstosses im Januar 1999 zeigen, sind sich der Gemeinderat und der Stadtrat ja eigentlich einig, dass die Prävention einen solchen Schwerpunkt darstellen muss. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er diese klaren Signale aus dem Stadtrat ernst nimmt und dass er sich im Prüfungsbericht nicht mehr in Allgemeinplätze flüchtet, sondern konkrete Vorschläge zur Realisierung bringt. Wir erwarten das klare politische Statement, dass Sparen in diesem Bereich ausgeschlossen ist. Sparen im Präventionsbereich können wir uns wirklich nicht leisten.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: Wir nehmen unsere Arbeit sehr ernst, Prävention ist uns ein wichtiges Anliegen. Dass die Antwort jetzt so herausgekommen ist, dass Herr Baumann so viel Kritik anbringen musste, zeigt einmal mehr, in welchem Zielkonflikt wir uns tagtäglich befinden. Wir sind mit unseren Ressourcen so eng drin, dass wir fast nicht wissen, wie wir eine solche gesamtheitliche Untersuchung machen sollen. Wenn aber der Rat dies so unterstützt, werden wir wohl mit einem Antrag kommen, welcher dann halt auch etwas kostet. Ich bedanke mich hiermit noch einmal für die Unterstützung, insbesondere auch bei der FDP, welche ja laut der Zeitung von heute auch viel stärker auf die Prävention setzen will.

Beschluss

Das Postulat ist unbestritten und gilt als überwiesen.

9 Interpellation Fraktion SVP (Beat Schori): Planung der Schulferien an den Schulen der Stadt Bern

Antrag Nr. 166

Die Ferienordnung für die Schulen der Stadt Bern (inkl. Kindergarten; ohne Berufsschulen) werden nach der Kalenderwochenzählung (DIN-Norm) festgelegt. Das heisst:

- Februar-Ferienwoche Woche 6
- Frühlingsferien Wochen 15 und 16
- Sommerferien Wochen 28 bis 32
- Herbstferien Wochen 39 bis 41
- Winterferien Wochen 52 und 1 (oder 52 und 53)

Für das Jahr 1999 sind das folgende Daten:

- Februar-Ferienwoche 06.02.1999 - 14.02.1999
- Frühlingsferien 10.04.1999 - 25.04.1999
- Sommerferien 03.07.1999 - 15.08.1999 (ausnahmsweise 6 Wochen)
- Herbstferien 25.09.1999 - 17.10.1999
- Winterferien 24.12.1999 - 09.01.2000

Die Grobplanung nach Kalenderwochenzählung (DIN-Norm) finden wir gut und zweckmässig. Bei der Feinplanung wäre es jedoch wünschenswert, wenn auf die gesetzlichen Feiertage und die kantonalisierten Schulen in der Stadt Bern Rücksicht genommen würde.

Es gibt immer mehr Familien, die über Ostern in den Süden ziehen, um Sonne zu tanken, oder in die Berge gehen, um den letzten Schnee zu geniessen. Leider sind dieses Jahr etliche Familien oder Teile davon gezwungen gewesen, am Ostermontag nach Bern zurückzukehren, weil die Kinder noch 4 Tage in die Schule gehen mussten, bis sie die Frühlingsferien antreten können. Geht ein Kind jedoch in eine kantonalisierte Schule auf dem Platze Bern, kann ein Teil der Familie am Ferienort verweilen und auf den Rest der Familie warten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen:

Ist die Schuldirektorin bereit, in Zukunft

- die Ferien auf die gesetzlichen Feiertage abzustimmen?
- die Ferien mit der kantonalen Schuldirektion abzusprechen, damit wenigstens die in Bern wohnhaften Familien in den Ferien nicht auseinandergerissen werden?

Bern, 8. April 1999

Antwort des Gemeinderats

In Artikel 47, Absatz 1, Buchstabe c des Reglements vom 4. November 1993 über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschule ist festgelegt, dass die Volksschulkonferenz zuständig ist für den Erlass der Ferienordnung für den Kindergarten und die Volksschule der Stadt Bern: „Sie (die Volksschulkonferenz) bestimmt die schulfreien Halbtage, legt den Unterrichtsschluss vor Ferien und Feiertagen fest und erlässt die Ferienordnung. Dies gilt auch für die Kindergärten; die Kindergartenkonferenz und die Konferenz der Sekundarstufe II sind vorgängig anzuhören.“ Damit ist bereits gesagt, dass weder die Schuldirektorin noch der Gesamtgemeinderat für diese Frage zuständig sind.

Die heute gültige Ferienordnung wurde auf Beginn des Schuljahres 1996/97 erlassen. Vor der Beschlussfassung wurde von der Schuldirektion eine breit angelegte Umfrage unter den Betroffenen und Interessierten (70 Adressaten) durchgeführt. Zur Terminierung der Frühlingsferien wurde die Frage gestellt „Sollen die zwei Wochen Frühlingsferien auf die DIN-Wochen 15 und 16 angesetzt werden oder soll Ostern immer eingeschlossen sein?“. Die Auswirkungen der beiden Varianten wurden sowohl im Kommentar zur Umfrage wie danach in der Volksschulkonferenz ausführlich dargelegt. 89,1 % der Antwortenden wünschten die heute gültige Variante (DIN-Wochen 15 und 16). Der entsprechende Beschluss wurde daraufhin einstimmig (bei zwei Enthaltungen) gefasst.

Seit 1996 wurde das Thema Ferienordnung in der Volksschulkonferenz zweimal traktandiert, weil Anfragen und Anregungen eingingen. Beide Male wurde die heute geltende Regelung einhellig bestätigt (letztmals im Herbst 1998).

Zur gestellten Frage: Wie bereits erwähnt, ist die Schuldirektorin nicht zuständig für den Erlass der Ferienordnung. Die Diskussion kann jederzeit wieder aufgenommen werden; Anträge kann auch die Schuldirektion machen.

Den für den Erlass der Ferienordnung der kantonalen Schulen zuständigen Behörden sind die Beschlüsse und die Haltung der Volksschulkonferenz – die Diskussion im Herbst 1998 wurde durch einen Vorstoss der Gymnasien ausgelöst – bekannt.

Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: Wir interessieren uns auch für das hier von Herrn Schori eingebrachte Anliegen. Ich habe wirklich versucht, mich in Ihrem Sinne dafür einzusetzen. Ich habe sofort auch eine Umfrage machen lassen, und die verlief negativ. Am 2. Februar wurde

es bei der Volksschulkonferenz traktandiert, aber diese war der Meinung, dass man es eben nicht so machen solle. Ich versuchte was ich konnte, doch es ist nicht an mir, sondern an der Volksschulkonferenz, dies zu beschliessen.

10 Interpellation Mario Marti (JF): English for Kids: Wie steht die Schuldirektion zum Angebot der Volkshochschule?

Antrag Nr. 195

Die Volkshochschule Bern bietet neuerdings Englischkurse für Unterstufenschülerinnen und -schüler an. Bereits ab der 1. Klasse können Kinder in den freiwilligen Genuss von Englischunterricht kommen. Das Angebot wird unabhängig von den Volksschulen angeboten und kostet die Eltern Fr. 177.00 für 9 Lektionen à je 1,5 Stunden. Der Unterricht findet in den Schulzimmern der öffentlichen Schule statt. Die Lehrkräfte werden von der Volkshochschule gestellt. Nachdem ein erster Versuch im Schulhaus Manuel offensichtlich erfolgreich war und auf eine grosse Nachfrage stiess, plant die Volkshochschule den Ausbau ihres Angebots. Sie startete deshalb eine Umfrage unter den Schulleitungen und den Schulkommissionen der verschiedenen städtischen Schulkreise. Darin wird nach der Einstellung der Schulbehörden gegenüber diesem Projekt gefragt.

Es ist erwiesen, dass Kinder in jungem Alter auf spielerische Art und Weise Sprachen leicht erlernen können. Es fällt ihnen weitaus leichter, eine Fremdsprache zu erlernen, als dies bei ihren älteren Kolleginnen und Kollegen der Fall ist. Ein frühzeitiges Erlernen von Fremdsprachen ist deshalb in jedem Fall lobens- und unterstützenswert. In diesem Sinne verdient auch der Kurs „English for Kids“ der Volkshochschule grosse Unterstützung.

Allerdings stellt sich die Frage, wie die öffentliche Schule auf dieses Angebot reagiert. Immerhin ist es denkbar, dass fortan im ordentlichen Englischunterricht grosse Niveauunterschiede unter den Kindern, je nachdem ob sie in früheren Jahren den Kurs „English for Kids“ besucht haben oder nicht, bestehen. In diesem Fall müsste der Unterricht wohl den verschiedenen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schülern angepasst und in Niveaus unterrichtet werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich somit einige Fragen, deren Beantwortung durch den Gemeinderat erbeten wird:

1. Wie ist die Haltung der Schuldirektion zum Angebot „English for Kids“ der Volkshochschule Bern?
2. Bestehen Vorstellungen, wie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler im ordentlichen Englischunterricht der Volksschule entsprochen werden soll?
3. Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass Fremdsprachen möglichst früh in der Schule erlernt werden sollten? Wenn ja, welche Möglichkeiten der Förderung bestehen für die Stadt diesbezüglich?
4. Besteht die Gefahr, dass die englische Sprache auch an unseren Schulen immer mehr die französische Sprache verdrängt? Wenn ja, welche Massnahmen können dagegen unternommen werden?
5. Besteht zwischen der Stadt und der Volkshochschule ein Mietverhältnis für die durch letztere benützten, städtischen Schulzimmer? Wenn ja, welche Einnahmen resultieren dadurch für die Stadt, resp. sind zu erwarten?

Bern, 4. Februar 1999

Antwort des Gemeinderats

Es trifft zu, dass die Volkshochschule Bern (VHB) im Rahmen ihres Programms 4 Englischkurse mit insgesamt rund 40 Schülerinnen und Schülern der Unterstufe des Schulkreises Manuel anbietet.

Bevor die VHB im Schulkreis Manuel ihren privaten Englischkurs für Unterstufenschülerinnen und -schüler ausgeschrieben hat, wurden die Volksschulkommission, die Schulleitung und die Lehrerschaft sowie das Schulamt über die Pläne informiert. Bei den Volkshochschulkursen „English for Kids“ handelt es sich um Sprachkurse für Kinder, wie sie von verschiedenen anderen, privaten Einrichtungen seit Jahren angeboten werden. Der Unterschied besteht darin, dass die Volkshochschule als Trägerin eines breiten Erwachsenenbildungsangebotes vom Kanton und von den Gemeinden subventioniert wird und „in der Regel“ die Schulräume unentgeltlich benutzt.

Nachteilig kann sich beim Angebot der VHB auswirken, dass die Kurse durch die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler selber bezahlt werden müssen und dadurch einzelne Kinder aus finanziellen Gründen davon ausgeschlossen werden. Das Frühenglisch der Volkshochschule wird für Schülerinnen und Schüler der 1. bis 4. Klassen der Volksschule angeboten und ist mit dem Englischunterricht gemäss dem Volksschullehrplan, der erst im 7. Schuljahr einsetzt, nicht koordiniert.

Zu Frage 1: Grundsätzlich ist das Erlernen einer Fremdsprache auf spielerische Art und ohne Leistungsdruck positiv zu werten. Die Schuldirektion hält fest, dass die VHB ihre Kurse als private Anbieterin organisiert, auch wenn sie eine anerkannte Trägerorganisation der Erwachsenenbildung ist.

Zu Frage 2: Es ist in jedem Fach so, dass die Einstiegsvoraussetzungen der einzelnen Kinder weit auseinanderliegen. Die Lehrkräfte sind heute so ausgebildet, dass sie auf die heterogene Situation in ihrer Klasse mit entsprechenden Unterrichtsformen und –inhalten reagieren. Die Kurse „English for Kids“ der VHB sind als privates Angebot nicht auf den Schulstoff abgestimmt. Vorkenntnissen der Kinder wird in jedem Fach, in jedem Stoffbereich und auf jeder Stufe mit binnendifferenziertem Unterricht Rechnung getragen, also auch im Fach Englisch.

Zu Frage 3: Der Lehrplan und somit auch Inhalte und Lektionentafel für die einzelnen Schuljahre sind Sache des Kantons. Danach setzen im 5. Schuljahr das Französisch, im 7. Schuljahr das Englisch und im 8. Schuljahr das Italienisch ein. Die Erziehungsdirektion ist daran, im Rahmen der geplanten Neukonzeption des Fremdsprachenunterrichts zu prüfen, ob und wie das frühere Erlernen einer Fremdsprache gefördert werden soll. Aus der Erkenntnis heraus, dass die soziokulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft eine differenzierte mündliche und schriftliche Kommunikationsfähigkeit bedingt, misst die schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und –direktorinnen (EDK) einem qualifizierten Fremdsprachenunterricht hohe Bedeutung zu. Die EDK hat 1998 ein Gesamtsprachenkonzept entwickeln lassen, das zur Zeit überarbeitet wird. Der Kanton Bern unterstützt das Konzept, welches für alle Schülerinnen und Schüler das Erlernen von drei Sprachen vorsieht, davon eine zweite Landessprache und Englisch. Der Gemeinderat ist an dieser Thematik interessiert und setzt sich dafür ein, dass die Volksschule der Stadt Bern bereits in einer Versuchsphase miteinbezogen wird.

Am 24. Juni 1999 hat der Grosse Rat die Motion Lack betreffend Förderung des Englischunterrichts an Berner Schulen überwiesen, die den Regierungsrat beauftragt, den Englischunterricht zu verstärken und namentlich auch Versuche mit Frühenglisch zu gestatten.

Zu Frage 4: Es ist eine Tatsache, dass die englische Sprache heute den Kindern aus verschiedenen Gründen nahe liegt. Andererseits ist in unserem zweisprachigen Kanton Französisch eine der Amtssprachen und ist Landessprache. Mit dem Erlernen dieser Sprache wird der Zugang zum französischsprachigen Kantonsteil, zur Romandie und zum französischsprachigen Raum überhaupt geöffnet. Die Erziehungsdirektion wird bei einem früheren Beginn des Fremdsprachenunterrichts genau prüfen, welche Sprache dafür auszuwählen sei. Eine Verdrängung des Französisch zugunsten des Englisch wäre für unseren Kanton, der seit jeher eine sprachliche Brückenfunktion ausübt, ein Nachteil. Deshalb verlangt die vorerwähnte Motion auf Kantonsebene auch, dass der bestehende Französisch- und Deutschunterricht durch das Fördern von Englisch nicht beeinträchtigt werden dürfe.

Zu Frage 5: Die Vermietung von Schulräumlichkeiten an die Volkshochschule Bern wurde bisher gemäss dem Gesetz vom 10. Juni 1990 über die Förderung der Erwachsenenbildung

sehr grosszügig gehandhabt. Dementsprechend haben die Gemeinden staatlich subventionierte Räume in der Regel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, was auch im vorliegenden Fall geschieht. Die Schuldirektion überprüft zur Zeit im Zuge der finanziellen Sanierungsmassnahmen die Einführung einer neuen Regelung auf den nächstmöglichen Termin.

- Auf Antrag des Interpellanten beschliesst der Rat Diskussion -

Mario Marti (JF): Ich bin mit der Antwort des Gemeinderats grundsätzlich zufrieden, auch wenn sie in einigen Punkten etwas fade ausfiel. Die Initiative der Volkshochschule betreffend Kurse für Frühenglisch ist äusserst lobens- und unterstützenswert. Fremdsprachen sind im jungen Alter sehr viel leichter zu erlernen als später. Es freut mich deshalb auch, dass der Gemeinderat diesem Projekt positiv gegenübersteht und sich an den Versuchsprojekten des Kantons beteiligen will. So löblich dieses Angebot der Volkshochschule auch ist, so wäre es doch wünschenswert, wenn es schon bald nicht mehr nötig wäre, weil nämlich die öffentliche Schule ein derartiges Angebot machen würde.

Die Antwort zur Frage 2 zeugt von einem grossen Vertrauen des Gemeinderats in die Lehrerschaft. Ich möchte mich gerne von dieser Überzeugung anstecken lassen, ganz alle Zweifel kann ich hingegen nicht beseitigen.

In der Antwort zur Frage 3 wird gesagt, dass der Lehrplan eine kantonale Frage sei. Ich finde dies etwas mutlos, der Gemeinderat versteckt sich hinter dem Kanton. Immerhin haben wir ja noch eine Schuldirektion, und da darf man doch auch ein gewisses Engagement und mutigere Visionen erwarten. Meines Erachtens liegt es nämlich trotz Kanton im Bereich der Möglichkeiten der einzelnen Schulen, den Sprachunterricht speziell zu fördern. Hier hängt sehr viel vom persönlichen Engagement der Lehrkräfte ab. Von einem ganzheitlichen Konzept kann hier keine Rede sein.

Natürlich darf das Englische, so wichtig es heute auch ist, das Französische nicht verdrängen. Der Gemeinderat weist in der Antwort zu Frage 4 richtig darauf hin, dass die Zweisprachigkeit gerade im Kanton ein wichtiges Fundament des Staatsgedankens ist.

Dies ist auch mir sehr wichtig. Eine fundierte und breite Sprachenausbildung ist ein absolutes Muss, eine zwingende Verpflichtung des Staates seinen Kindern gegenüber. Noch eine kurze finanzpolitische Bemerkung: Etwas verschämt kommt mir die Antwort zur Frage 5 vor, welche besagt, dass die Schulräume gratis zur Verfügung gestellt werden. Ich will mich nicht zur Berechtigung einer solchen Subvention äussern, aber mich stört das völlige Fehlen der Transparenz. Städtische Subventionen, auch wenn sie in Form von Naturalien erfolgen, sind transparent zu machen und auszuweisen.

Liselotte Lüscher (SP): Gerade zur letzten Aussage von Herrn Marti: Im Erwachsenenbildungsgesetz ist verankert, dass die Gemeinden in der Regel die Schulräume für die Erwachsenenbildung gratis zur Verfügung stellen. Da macht die Schuldirektion nichts Ungesetzliches oder Unrichtiges.

Mit dieser Interpellation kommen gerade zwei Probleme auf den Tisch: Soll der Fremdsprachenunterricht überhaupt früher einsetzen als heute? Wird Englisch auch in der Schweiz die erste Fremdsprache? Anzeichen dafür gibt es ja.

Zu diesen Anzeichen gehört auch der Run auf die Englischkurse der Volkshochschule Bern. Diesen Winter wird dieser Kurs nämlich bereits in fünf Schulhäusern angeboten. Im Manuel, wo das Ganze angefangen hat, finden wir diesen Winter bereits sechs Kurse. Vier andere Gemeinden sind ebenfalls in dieses English for Kids eingestiegen. Warum sich die Eltern ausgerechnet in das Frühenglisch und die damit verbundenen Kosten stürzen, möchte ich hier nur anstreifen: Die Ängste, das Kind könnte sich in der neuen, flexiblen, mobilen, mit englischen Wörtern garnierten Arbeitswelt nicht durchsetzen, setzen offensichtlich früh ein.

Uns ist eines wichtig: Wenn man in Fachkreisen respektive in der Schuldirektion zum Schluss kommt, dass Frühenglisch sinnvoll ist, muss es für alle Kinder zugänglich und gratis sein. Dann muss es vom Kanton in den Lehrplan aufgenommen werden. Ob es wirklich sinnvoll ist, dazu muss sich die Erziehungsdirektion des Kantons noch ihre Gedanken machen. Den Auftrag hat sie diesen Sommer per Motion erhalten. Es kann für die Stadt sicher interessant sein, auf die daraus resultierenden Versuche aufzuspringen.

Heute konnte man übrigens im Radio hören, dass unser Nachbarkanton Freiburg nicht vom Kindergarten bis zur Uni Englisch einführen wird, sondern je nach Region Deutsch oder Französisch. Die Diskussion um den Fremdsprachenunterricht ist in vollem Gang. Es ist empfehlenswert, diese Diskussion auch im Auge zu behalten.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: Ich möchte noch auf den Vorwurf, unsere Antwort zur dritten Frage sei mutlos ausgefallen, zu sprechen kommen. Wir können in der Stadt noch so wollen; wir können es weder selber zahlen, noch können wir es selber einführen. Das muss der Kanton zuerst bewilligen. Wie man aus der Antwort klar sieht, sind wir sehr interessiert und wir werden uns melden, sobald die Versuche ausgeschrieben werden.

Ich werde einer Einführung des Englischen zulasten des Französischen nicht zustimmen können. Solange wir ein zweisprachiger Kanton sind, darf dies nie und nimmer über den Haufen geworfen werden. Das heisst ja noch nicht, dass man nicht Englisch lernen soll. Aber um dies einzuführen, braucht es noch einige Zeit. Wir werden uns als Partner anbieten. An der jetzigen Situation stört mich aber, dass das Ganze nur geldabhängig ist. Das kann nicht befriedigen.

11 Interpellation Hans Peter Riesen (SD): Deutschunterricht für Fremdsprachige

Antrag Nr. 245

Der Deutschunterricht für Fremdsprachige ist ein Zusatzunterricht und hat zum Ziel, fremdsprachige Schülerinnen und Schüler in der deutschen Sprache zu fördern und so den Integrationsprozess zu beschleunigen. Von diesen Kindern gibt es immer wieder solche, die kein Interesse zeigen an dieser Förderung. Sie sind demotiviert, stören und verwehren möglicherweise anderen lernwilligen Schülerinnen und Schülern den Platz in den Lektionen „Deutsch für Fremdsprachige“.

Daher möchte ich den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Wie gross ist das Angebot der Kurse in der Stadt Bern?
2. Wieviele Schüler können dieses Angebot maximum nutzen und wieviele Lehrkräfte werden für diesen Unterricht eingesetzt?
3. Wird den Schülerinnen und Schülern und vor allem deren Eltern durch die Klassenlehrkräfte bewusst gemacht, wie wichtig diese Förderung im Hinblick auf die gesamte Schulbildung ist?

Bern, 24. Juni 1999

Antwort des Gemeinderats

Deutsch für Fremdsprachige ist eine der Massnahmen, welche Schülerinnen und Schülern die Integration in Schule und Gesellschaft erleichtern. Die betroffenen Kinder und ihre Eltern sind sich der Bedeutung dieses Angebots durchaus bewusst und nehmen es als Chance wahr. Dass es nach den Ausführungen des Interpellanten immer wieder Kinder gebe, die kein Interesse an dieser Förderung zeigten, trifft nicht zu. In jeder Schulklasse gibt es Schülerinnen und Schüler, die zeitweise zuwenig motiviert sind oder gar den Unterricht stören. Diese normale Erscheinung im Schulalltag ist im Angebot Deutsch für Fremdsprachige sogar vergleichsweise selten zu finden.

In den Volksschulen der Stadt Bern besitzen knapp ein Drittel der Schülerinnen und Schüler eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das heisst aber nicht, dass diese Kinder die deutsche Sprache nicht sprechen. Eine Umfrage des Schulamtes bei den 1. Klassen des Schuljahres 1998/1999 zeigt auf, dass zwar 31,9 % der Kinder Ausländerinnen und Ausländer sind, hingegen nur 11,3 % über geringe oder gar keine Deutschkenntnisse verfügen.

Die Schulung und Integration der fremdsprachig oder zweisprachig aufwachsenden Kinder ist für die Schule eine grosse Herausforderung, der sie sich stellt. Verschiedene Massnahmen (Förderunterricht im Kindergarten, Klassen für Fremdsprachige, Deutsch für Fremdsprachige, Aufgabenhilfe) dienen seit Jahren dazu, fremdsprachige Kinder vor allem im Erwerb der deutschen Sprache, aber auch in der sozialen Integration zu unterstützen. Die Arbeit im interkulturellen Bereich ist ebensowenig oder gleich aufwendig wie der Umgang mit

schwierigen Klassen, in denen einheimische Kinder die Probleme setzen. Dies zu bewältigen, gehört heute zum Lehrauftrag. Es war und bleibt eine wichtige Aufgabe der Volksschule, ein Förderort für alle Kinder und Jugendlichen zu sein – für schnell und langsam Lernende, für unterschiedlich Begabte, für Kinder aller sozialen Schichten und Kulturen, für Fremdsprachige, für Ansässige und für kurzfristige Aufenthalterinnen und Aufenthalter. Um die vielen Aufgaben zu bewältigen, sind unterstützende Rahmenbedingungen nötig. Diese müssen ständig den sich verändernden Situationen angepasst werden.

Für neu zuziehende fremdsprachige Kinder ist das Erlernen der deutschen Sprache primäre Voraussetzung, um rasch einen Zugang zu unserer Gesellschaft und zu unserer Kultur zu finden. Die deutsche Sprache ist zudem der Schlüssel zu allen weiteren Bildungseinrichtungen. Deshalb steht die Sprachförderung während der ersten Zeit klar im Vordergrund. Ziel des Sprachunterrichts ist das Verstehen und das Verstandenwerden. Die Rückmeldungen aus den städtischen Schulen über die Fortschritte der Kinder im Deutschunterricht für Fremdsprachige sind positiv.

Eine vom Nationalfonds unterstützte Studie der Universität Freiburg (1999) zeigt auf, dass in gemischten Klassen die Lernfortschritte der Kinder mit guten Kenntnissen der Unterrichtssprache durch diejenigen mit unvollständigen Kenntnissen nicht gebremst oder behindert werden.

Zu Frage 1: In der Stadt Bern werden zur Zeit 15 Klassen für Fremdsprachige mit rund 200 Schülerinnen und Schülern geführt. Für das Angebot Deutsch für Fremdsprachige werden 220 Lektionen pro Woche eingesetzt, was ungefähr 8 vollen Lehrerpensen entspricht. Der Förderunterricht im Kindergarten wird mit 309 Stunden pro Woche organisiert, was ungefähr 15 Stellen entspricht. Alle diese Angebote werden nur mit der Bewilligung der kantonalen Erziehungsdirektion durchgeführt. Sämtliche Besoldungskosten werden über den kantonalen Lastenausgleich für Lehrerbesoldungen finanziert.

Zu Frage 2: In den Genuss der Angebote kommen:

- in den Klassen für Fremdsprachige rund 200 Schülerinnen und Schüler,
- im Deutsch für Fremdsprachige rund 1000 Schülerinnen und Schüler,
- im Kindergarten 592 Kinder aus 88 Kindergärten.

Die Lektionen entsprechen gesamthaft rund 40 Lehrerpensen.

Zu Frage 3: Ja, die Gespräche zwischen Lehrerschaft und Klasseneltern sind gut und finden in einem guten Gesprächsklima statt. Es kann festgestellt werden, dass insbesondere die Eltern von fremdsprachigen Kindern sehr genau wissen, wie wichtig der Spracherwerb für den Schulerfolg ihrer Kinder ist.

Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

12 Postulat Peter Stucki (EVP): Einschreibung in den Kindergarten

Antrag Nr. 243

Die Aufforderung für die Einschreibung in den Kindergarten wurde in den vergangenen Jahren jeweils einmal im Anzeiger publiziert. Diese Anzeige fand man, wenn man sie suchte, dieses Jahr zwischen dem Angebot des Häckseldienstes und einem Angebot der Volkshochschule auf Seite 3 des Stadtanzeigers. Der Text stand nur in deutscher, französischer und italienischer Sprache. Die Ausschreibung fand nicht einmal eine Woche vor dem Einschreibedatum statt. Dieses Vorgehen wird den Bedürfnissen der Eltern in der Stadt Bern absolut nicht gerecht. Erstens lesen nicht alle den Stadtanzeiger, zweitens erscheint die Anzeige viel zu spät und drittens werden so die fremdsprachigen Eltern nicht erreicht. Ich bitte deshalb den Gemeinderat, in Zukunft die betroffenen Eltern direkt anzuschreiben. Dies sollte mit den heutigen Möglichkeiten problemlos möglich sein. Auch in diesem Bereich muss die Verwaltung kundenfreundlicher werden.

Bern, 4. März 1999

Antwort des Gemeinderats

Bisher wurde die Einladung zur Einschreibung in den Kindergarten in drei Sprachen dreimal im Stadtanzeiger veröffentlicht, im Jahr 1999 war dies am 29. Januar sowie am 9. und 12. Februar der Fall (Einschreibungstermin war der 15. Februar 1999). Als ergänzende Massnahmen zur Sicherstellung der Information haben die Kindergartenkommissionen und andere Institutionen (z.B. Vertretungen anderer Länder, Ausländerorganisationen) in den Quartieren den Einladungstext an verschiedenen Orten angebracht (Treffpunkte, Einkaufszentren usw.) oder verteilt. Die Zahl der Nachmeldungen hielt sich in vertretbaren Grenzen. Gemäss Artikel 50 des Reglements über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschule vom 4. November 1993 ist die Schuldirektion für die Organisation und die Art der Durchführung der Einschreibung in den Kindergarten und die Volksschule abschliessend zuständig. Im Bestreben nach noch optimaleren publikumsfreundlichen Lösungen überprüfte die Schuldirektion die Form der Einschreibung in den Kindergarten. Sie kam zum Schluss, dass eine neue Art der Einladung angestrebt werden sollte: Alle Eltern mit Kindern im Kindergartenalter (d.h. mit Kindern, die ein Jahr oder zwei Jahre vor dem ordentlichen Schuleintritt stehen) werden direkt angeschrieben und zur Einschreibung in den Kindergarten eingeladen. Die Eltern erhalten die Gelegenheit, die Information in verschiedenen Sprachen anzufordern. Die gegenüber der heutigen Form zusätzlich anfallenden Kosten für eine solche Lösung würden maximal Fr. 5 000.00 betragen (Kosten für Adressetiketten [stadtverwaltungsinterne Verrechnung], Material und Porto eingerechnet; Übersetzungsarbeiten fallen in etwa gleichem Umfang auch bei der heutigen Einschreibung an). Die Schuldirektion wird zu entscheiden haben, ob sie einer neuen Form der Einschreibung in den Kindergarten hohe Priorität einräumen will, d.h. ob sie im Umfang der genannten Summe eine andere (kleine) Aufgabe zurückstellen will. Der Gemeinderat stellt fest, dass für das Anliegen des Postulats die Schuldirektion – und nicht der Gemeinde- oder der Stadtrat – zuständig ist.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Peter Stucki (EVP): Ich war noch selten von einer gemeinderätlichen Antwort derart erstaunt. Da scheint sich jemand vertippt zu haben. Die ganze Antwort liest sich, als ob der Gemeinderat das Postulat annehmen will, aber am Schluss will er es doch ablehnen. Die Stadt Bern macht regelmässig teure Umfragen um herauszufinden, wie die Stadtverwaltung noch kundenfreundlicher werden könnte. Auch in der Antwort bestätigt der Gemeinderat sein Bestreben nach einer optimaleren, publikumsfreundlicheren Lösung. Man kommt zum Schluss, dass eine neue Art der Einladung in den Kindergarten angestrebt werden muss. Der Gemeinderat kommt dabei zur gleichen Lösung wie das Postulat. Gleichzeitig legt er auch noch dar, dass diese Lösung ja gar nicht so teuer wäre. Der Gemeinderat ist also der Meinung, dass es sinnvoll und richtig wäre, die Forderungen des Postulats anzunehmen, aber er kommt zum Schluss, das Anliegen abzulehnen. Das verstehe ich schlichtweg nicht. Ich bitte deshalb den Stadtrat, diesem Postulat zuzustimmen. Die Einschreibung in den Kindergarten ist der erste Kontakt der Behörde mit den Eltern. Dass dieser über den unpersönlichen Anzeiger erfolgen muss, welcher ja von den wenigsten regelmässig gelesen wird, befriedigt mich nicht. Ein freundlicher und informativer Brief kann hier für die weitere Schulzeit sehr viel Positives bewirken. Mit der Annahme des Postulates können wir auch die Massnahme 37 des heute Abend besprochenen Papiers, die Information der ausländischen Eltern über die Kindergärten und Schulen, mehr oder weniger abdecken. Bitte stimmt diesem Postulat zu.

Beat Schori (SVP): Wir schreiben die Eigenverantwortung etwas grösser als andere Parteien. Wir sind der Meinung, der Stadtanzeiger reicht voll und ganz. Man will ja auch den Bürgerbrief nicht mehr verschicken, dann braucht es diese Einladung auch nicht.

Christoph Stalder (FDP): Nur ein kurzes Wort zum letzten Satz der gemeinderätlichen Antwort: "Der Gemeinderat stellt fest, dass für das Anliegen des Postulats die Schuldirektion und nicht der Gemeinde- oder der Stadtrat zuständig ist". Das ist ein etwas komisches Ver-

ständnis der Kompetenzen. Unser Gesprächspartner ist der Gemeinderat und mit einem Postulat beauftragt der Stadtrat den Gemeinderat zu prüfen, ob eine Vorlage vorzulegen sei, die in die Kompetenz des Stadtrats oder der Gemeinde fällt oder ob eine Massnahme in der Zuständigkeit des Gemeinderats zu treffen sei. Die Chefin der Schuldirektion ist Teil des Gemeinderats. Der Stadtrat kann sich nicht direkt an die Schuldirektion wenden. Im Übrigen unterstützt die FDP das Postulat.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: In der Sache scheinen wir uns einig zu sein, ausser vielleicht die SVP. Wir sind eigentlich der Ansicht, dass man nicht genug schauen kann, dass diese Kinder in den Kindergarten kommen, vor allem natürlich auch die fremdsprachigen, die dort ja noch die Chance haben, in unsere Sprache einzusteigen und dann für die Schule bereit zu sein. Am besten lasse ich den Rat entscheiden, der Gemeinderat wird wahrscheinlich auch nicht besonders böse, wenn es anders herauskommt.

Beschluss

Das Postulat wird mit 43 zu 8 Stimmen ohne Enthaltungen überwiesen.

13 Interpellation Peter Bühler (SD): Griffige Massnahmen zur Bekämpfung der Gewalt an den Schulen

Antrag Nr. 156

Gemäss Aussagen von Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und anderen Personen werden zahlreiche Schulen in der Stadt Bern von einer Welle der Gewalt heimgesucht. So werden auf den Pausenplätzen wie auch auf den Schulwegen zunehmend Schülerinnen und Schüler bedroht. Jugendbandenmitglieder erpressen von ihren Mitschülern Kleiderstücke oder sogar Schutzgelder. Vandalismus in Klassenzimmern und wilde Sprayereien an Schulhausfassaden sind leider keine Seltenheit mehr.

Mit der Gewalt und dem Recht des Stärkeren und den Schulen wurde in den letzten zwei, drei Jahren - und vor allem in den vergangenen Monaten - subtil eine kriminelle Entwicklung verstärkt. Der Einfluss der zunehmenden Gewalt an den Schulen verändert das Verhalten der Jugendlichen und beeinflusst massgeblich unsere Gesellschaft und die Zukunft kommender Generationen.

Durch die Gewalt an den Schulen leiden zunehmend die schwächeren Kinder. Dieser Umstand führt bei diesen nach einiger Zeit zu schweren Frustrationen. Somit schliesst sich der Kreis der Gewalt und Aggression. Um die Ausbreitung dieser gewalttätigen Stimmung an immer mehr stadtberner Schulen zu stoppen, braucht es daher von Seiten der Politik, der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern und der Schulkommissionsmitglieder klare Signale, Aktionen und Konzepte; sonst werden die öffentlichen Schulen schon sehr bald nicht mehr vollumfänglich ihren pädagogischen Auftrag erfüllen können. Selbstverständlich können die gesellschaftlichen Ursachen nicht allein durch die Schule gelöst werden. Ein gesellschaftlicher Konsens zur Bewältigung der Jugendgewalt muss angestrebt werden. Die Zeichen stehen auf Sturm.

Ich bitte den Gemeinderat deshalb, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie entwickelten sich in den letzten Jahren die offiziell registrierten Strafdelikte Jugendlicher in der Stadt Bern - speziell an den Schulen?
2. Wie gross ist die vermutete Dunkelziffer und um welche Delikte handelt es sich vor allem?
3. Wieweit sind diese Delikte durch Jugendbanden oder Einzeltäter verursacht und mit welchen Strategien und Massnahmen soll auf die zunehmende Gewalt der Jugendlichen reagiert respektive vorgebeugt werden?
4. Inwieweit richtet sich die physische und psychische Gewalt auch gegen Lehrkräfte?
5. Wie setzen sich diese Jugendbanden zusammen (soziale Herkunft, Nationalitäten usw.)?
6. Ist eine vernetzte und vertiefte Zusammenarbeit und Strategie gegen Gewalt an Schulen (und Kindergärten) von Behörden, Schulkommissionen, Polizei, Lehrerschaft und Eltern möglich und wieweit wird dies schon praktisch angewendet?

Bern, 28. Januar 1999

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat stellt fest, dass der Interpellationstext mit Ausnahme der neuen Frage 4 wörtlich demjenigen der Interpellation Bernhard Hess (SD) aus dem Jahre 1994 entspricht. Die grundsätzlichen Aussagen der damaligen Antwort gelten unverändert: Der Gemeinderat ist nach wie vor nicht der Ansicht, dass die Schulen der Stadt Bern von „einer Welle der Gewalt“ heimgesucht werden oder „dass die Zeichen auf Sturm stehen“. Da die Antworten zu den Fragen 1 bis 3 sowie 5 und 6 (gleiche Fragen wie 1994) heute immer noch gelten, verweist der Gemeinderat auf seine Antwort auf die Interpellation Bernhard Hess (SD) in der Sitzung des Stadtrats vom 17. November 1994. Ein Protokollauszug wird den Mitgliedern des Stadtrats zugestellt.

Ergänzend gibt der Gemeinderat für die Zeit seit 1994 folgende Informationen ab:

Zu Frage 1 (gleiche Frage wie 1994):

Genaue Zahlen über die polizeilich registrierten Strafdelikte Jugendlicher in der Stadt Bern bestehen nicht, weil die Statistik nach andern Kriterien (Strafgesetzbuch) geführt wird. Die vermehrte Beachtung von einzelnen Fällen durch die Medien ist geeignet, den Eindruck einer grossen Zunahme zu erwecken. Dies trifft jedoch nicht zu.

Zu Frage 2 (gleiche Frage wie 1994):

Siehe Antwort auf die Frage 2 der Interpellation Bernhard Hess (SD).

Zu Frage 3 (gleiche Frage wie 1994):

Der Vorbeugung dienen die Anstrengungen der Stadt in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Integration, Bildung und Freizeit, welche darauf hinzielen, jeder Person in unserer Gesellschaft eine sinnvolle Aufgabe zu ermöglichen und ein selbstverantwortliches Leben zu führen. Es sei hiezu verwiesen auf die in den sozialplanerischen Leitlinien der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion formulierten Ziele. Wenn Erwachsene Solidarität und Toleranz konsequent vorleben, ist dies wirkungsvolle Gewaltprävention für Kinder und Jugendliche.

Zu Frage 4 (neue Frage):

Es sind nur ganz wenige Fälle bekannt, in welchen physische Gewalt gegen Lehrkräfte angewandt wurde.

Zu Frage 5 (1994 Frage 4):

In der Stadt Bern bestehen auch heute praktisch keine homogenen Gruppen, die über längere Zeit agieren. Eigentliche „Gangs“ (Banden), wie sie aus Grossstädten bekannt sind, gibt es nicht. Vielfach ergeben sich Gruppierungen aufgrund gemeinsamer Merkmale (fehlendes soziales Umfeld, Erwerbslosigkeit, kultureller Hintergrund usw.), welche sie gesellschaftlich an den Rand drängen. In der Jugendforschung ist es unbestritten, dass negativ erlebte Desintegration sich in verstärkter Gewaltbereitschaft äussern kann. Gerade für ausländische Kinder sind nachhaltige Integrationsbemühungen von entscheidender Bedeutung. Integrationsleitbild, Integrationsstelle usw. sind wichtige Bestandteile für die Gewaltprävention.

Zu Frage 6 (1994 Frage 5):

Es besteht eine enge, gute und im Vergleich mit andern Städten und Kantonen überdurchschnittliche Zusammenarbeit zwischen den verschiedensten Institutionen und Verwaltungsstellen, welche sich mit Kindern und Jugendlichen befassen, namentlich auch mit dem Jugenddienst der Stadtpolizei und den städtischen Verwaltungsstellen (vor allem die seit Jahren bestehende direktionsübergreifende Arbeitsgruppe „Gewalt“). Als sichtbares Ergebnis der Arbeiten stehen heute den Schulen und anderen interessierten Stellen drei Merkblätter zur Verfügung. Die drei Merkblätter „Gewalt in der Schule und im Kindergarten“, „Vorgehen bei Gewalt und Umgang mit bedrohlichen Situationen“ und „Gefährliche Begleiter“ werden den Mitgliedern des Stadtrats zur Information zugestellt.

Gewalt in all ihren möglichen Erscheinungsformen darf und soll nicht einfach hingenommen werden. Ihr ist mit allen der Schule zur Verfügung stehenden Mitteln gezielt und ent-

schlossen zu begegnen. Gewalt ist jedoch kein spezifisches Jugendproblem und muss breiter diskutiert und angegangen werden.

- Auf Antrag des Interpellanten beschliesst der Rat Diskussion -

Peter Bühler (SD): Vor gut fünf Jahren hat der damalige Stadtrat und heutige Nationalrat Bernhard Hess die gleichen Fragen der Gemeinderätin Joy Matter gestellt und seriöse anständige Antworten erhalten, von einer Gemeinderätin, welche die Sorgen und Bedenken bei diesen Fragen ernst nahm. Da liegt es nahe, wie der legendäre Duttweiler vorzugehen, welcher in einer Sache, in der offensichtlich wenig bis nichts lag, nachzudoppeln pflegte und die gleichen Fragen nochmals und nochmals stellte, bis er entweder den Stein ins Rollen gebracht hatte oder zumindest eine brauchbare Antwort erhielt. In diesem Fall hier und heute nimmt man sich nicht einmal die Zeit, den gestellten Fragen auch nur ein bisschen nachzugehen. Man nimmt lieber die alten Antworten aus dem Archiv und beweist einmal mehr, dass es in dieser Direktion eine gewisse Unfähigkeit gibt. Als ehemaliges Schulkommmissionsmitglied habe ich verschiedene Fälle von bedrohten Lehrern, von Schülerbanden und Ähnlichem mitbekommen.

Nach verschiedenen Gesprächen mit Eltern und Lehrerinnen und Lehrern halte ich die Antworten für nicht mehr zeitgerecht und nicht mehr akzeptabel. Am liebsten würde ich sie zurückweisen.

Raymond Anliker (SP): Ich bin mir nicht sicher, ob ich mich etwas lustig machen darf über den Mut, zweimal die gleiche Interpellation aus dem Archiv zu ziehen, ob ich mich ärgern soll über die unterschwellige Synthese zwischen Gewalt und Ausländerproblematik, welche da wieder aus der Formulierung entsteht oder ob ich feststellen muss, dass dieses Thema zur Aufheizung der Diskussion missbraucht wird. Ich weiss auch nicht, ob es dem Interpellanten um eine differenzierte Antwort geht.

Was muss uns in diesem Zusammenhang wichtig sein? Zuerst sicher einmal darf keine Emotionalisierung und keine Vereinfachung im Umgang mit diesem wichtigen Thema aufkommen, sondern es braucht Unterstützung durch Präventionsmassnahmen und wenn nötig mit Interventionshilfe. Das nützt mehr als Schlagworte.

Peter Stucki und ich waren letzten Samstag an einer Impulstagung zum Thema 'Tatort Schule', wo wir viele gute Hinweise erhielten, um an Schulen ein gutes Umfeld zu schaffen. Dazu gehört, dass man integriert und nicht ausgrenzt, und ich möchte die Schweizer Demokraten doch einladen, ebenfalls dazu beizutragen, dass wir weiterkommen. Das ist besser als Schuldzuweisungen, Vermutungen, Anspielungen und Unterstellungen. Setzt Euch doch einmal mit diesem Thema auf eine konstruktive Art auseinander, anstatt sogenannt 'griffige' Massnahmen zur 'Bekämpfung' von Gewalt zu fordern - Gewalt fängt übrigens bereits bei der Sprache an. Nehmt doch auch zur Kenntnis, dass die Lehrkräfte, die Behörden und Eltern nicht untätig sind. Gewaltprävention ist keine Hauruckmethode, wo man sofort wieder Ruhe und Ordnung herstellen kann. Sie setzt dort an, wo der Keim zu späterer Gewaltanwendung gesetzt wird. Wir müssen Jugendliche unterstützen, ein gesundes Selbstwertgefühl zu entwickeln.

Markus Blatter (FDP): Es ist, als ob die internationale und auch die Schweizerische Presse immer darauf wartet, dass im Stadtrat das Thema 'Jugend und Gewalt' behandelt wird. Bereits das letzte Mal konnte ich Beispiele bringen, heute titelt nun zum Beispiel der Stern "Pulverfass Schule" und der letzte Brückenbauer hiess "Tatort Schule". Das Thema ist wichtig, es ist auch wichtig, dass wir uns damit auseinandersetzen. Aber ich möchte einen etwas anderen Ansatz wählen als dies die Interpellation macht.

Der Begriff, welcher verwendet wird, heisst 'plagen'. Das beinhaltet zum Beispiel die physische Gewalt, die verbale Gewalt, aber vor allem auch die indirekte Gewalt. Und diese hat im Vergleich stark zugenommen. Indirekte Gewalt bedeutet Ausschiessen von Mitschülerinnen und Mitschülern. Das Nicht-zur-Kennntnis-nehmen, wenn jemand das Klassenzimmer betritt. Das kann bis zum völligen Ausschiessen gehen, bei Klassenaktivitäten oder im privaten Bereich. Hier ist es in der Tat schwierig, von griffigen Massnahmen zu sprechen. Hier muss man ganz subtil dahinter gehen; da nützen Hauruckübungen nichts.

Die FDP hat für ihre Schulkommissionsmitglieder im August eine Veranstaltung durchgeführt mit dem Thema 'Gewalt an Schulen'. Dabei wurde klar festgestellt, dass Gewaltvorkommnisse publik gemacht werden müssen. Totschweigen schützt die Täter, ermuntert diese sogar zum Weitermachen. Dieser Aufruf ist an alle an der Schule Beteiligten gerichtet. Im Elternrat Laubegg machen wir im Moment eine spezifische Umfrage zum Thema Gewalt, nachdem bei einer anderen Umfrage die Gewalt im Schulkreis Laubegg kein Thema war. Diesmal wird es fast sicher anders aussehen, das ist nicht die Frage. Entscheidend ist, wie man damit umgeht. Die Auswertung dieser Umfrage wird vielleicht die jährliche Umfrage der Schuldirektion bestätigen, es wäre sicherlich wichtig, dass auch andere Schulkreise diese Umfrage machen würden.

Das Motto im Umgang mit Gewalt muss sein, dass man lieber einmal zuviel nachfragt als einmal zuwenig.

Peter Stucki (EVP): Zur Frage 4 heisst es, dass nur wenige Fälle bekannt seien, in welchen physische Gewalt gegen Lehrkräfte angewendet wurde. Zum Glück sind da nur wenige Fälle bekannt. Ich weiss von zwei Fällen, bei denen im letzten halben Jahr Lehrkräfte massiv bedroht wurden. Ich weiss, dass sich die Schuldirektion grosse Mühe gemacht hat, ein Merkblatt 'Vorgehen bei Gewalt und Umgang mit bedrohlichen Situationen' herauszugeben. In diesem steht auch viel Gutes drin, nur nützt es in einem solchen Moment nichts. Man muss vor allem wissen, an wen man sich wenden kann. Es nützt nichts, wenn man die Polizei- oder Schuldirektion anruft, und dann die Gesprächspartner beim nächsten Anruf gerade ihren freien Tag haben. Wenn jemand am Leben bedroht wird, ist das keine gute Ausrede. Darum habe ich den Wunsch an die Schuldirektion, dieses Papier noch griffiger zu machen. Die Schulen müssen wissen, an wen sie sich wenden können. Da nützt der Schulinspektor nichts mehr; wenn Gewalt angedroht wird, brennt es. Da braucht es die Feuerwehr, und zwar sofort. Darum wünsche ich mir, dass es auf der Polizei oder in der Schuldirektion eine Stelle gibt, die Lehrkräften in solchen Fällen Hilfestellungen leisten kann, man braucht da Leute, die präsent sind, am liebsten 24 Stunden am Tag.

Hans Peter Riesen (SD): Herr Anliker: Wir von den Schweizer Demokraten nehmen diese Sache sehr ernst. Wir haben auch Rückmeldungen der Schulkommissionsmitglieder wegen Gewalt an den Schulen. Wir machen keine Schuldzuweisungen, wie Sie uns vorgeworfen haben. Aber wir sehen die Realität, leben nicht in einer Scheinwelt. Und wir leisten unseren Beitrag, auch ohne ihren guten Ratschlag.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: Ich möchte mich zuerst einmal für die sehr differenzierten Voten von Herrn Anliker, Herrn Blatter und Herrn Stucki bedanken. Die Schuldirektion setzt sich mit diesem Thema sehr intensiv auseinander. Ich gehe zum Beispiel gerade morgen an eine Retraite mit den Schulleitungen und x Spezialisten. Wir haben regelmässige Zusammenkünfte in der Arbeitsgruppe 'Gewalt', wo wir auch diese jährliche Umfrage auswerten. Zur Bitte von Peter Stucki: Diese Fälle sind zum Glück ganz selten. Und wenn es wirklich derart brennt, dann ist natürlich der erste Griff derjenige zum Telefon an die Polizei. Wir haben in der Arbeitsgruppe 'Gewalt' einen Unterausschuss, welcher gerade daran ist, eine Kaskade auszuarbeiten, welche dann sämtlichen Schulen zugestellt werden soll. Da wollen wir eine Unité de Doctrine. Dieses Thema wird sehr stark im Auge behalten, wir verbinden es sehr eng mit Prävention und das kann nicht früh genug einsetzen. Man sieht auch Verbesserungen, uns wurde gesagt, dass sich das Klima langsam wieder löst.

14 Interpellation Peter Bühler (SD): Gleichgewicht in Berns Wohnquartieren

Antrag Nr. 196

Wie ich aus verschiedenen Zeitungsmeldungen entnehmen konnte, entwickelt sich in einigen Quartieren von Bern ein Überanteil der ausländischen Wohnbevölkerung. Zum Beispiel in der Untermatt beträgt der Ausländeranteil bereits über 50 %. Viele Schweizer sind deswegen verunsichert oder fühlen sich von den Behörden im Stich gelassen. Als Konsequenz ziehen sie weg, und nicht wenige verlassen die Stadt Bern ganz.

Die ehemaligen "Arbeiterquartiere" werden zu "Ghettos" und nur allzu leicht kann sich ein solches Quartier zu einem sozialen Pulverfass entwickeln, Beispiele dafür gibt es in Deutschland, Frankreich und Amerika genügend. Es kann nicht im Sinne des Gemeinderats sein, Steuerzahler an andere Gemeinden zu verlieren oder gar die Ausländerfeindlichkeit zu fördern.

Darum bitte ich den Gemeinderat, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es eine Möglichkeit (trotz Wohn- und Niederlassungsrecht), dieser Entwicklung entgegenzuwirken?
2. Was gedenkt der Gemeinderat zur Verhinderung von "Ghettos" zu unternehmen?
3. Was will der Gemeinderat tun, um die aus dieser Entwicklung entstandene Verunsicherung der einheimischen Bevölkerung zu zerstreuen?
4. Wie will der Gemeinderat der drohenden Gefahr der Fremdenfeindlichkeit gegenüber treten?
5. Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass insbesondere Bümpliz, Bethlehem sowie das Lorraine- oder Nordquartier zwingend schweizerisch geprägte Stadtteile bleiben sollten?

Für die Beantwortung der gestellten Fragen danke ich dem Gemeinderat bestens.

Bern, 11. März 1999

Antwort des Gemeinderats

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung in den einzelnen Quartieren der Stadt Bern ist tatsächlich unterschiedlich, auch in Bezug auf den Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung gemessen an der Einwohnerzahl. Diese Entwicklung ist Ausdruck der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebensverhältnisse, denen sich eine Stadt der Grössenordnung von Bern auch in Zukunft nicht wird entziehen können.

Der Gemeinderat anerkennt, dass die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur in einigen Quartieren zu Problemen führen kann, die es zu bewältigen gilt. Er ist bestrebt, in seinem Einflussbereich darauf hinzuwirken, dass ein friedliches Zusammenleben möglich ist und die kulturelle Vielfalt als Chance erkannt und genutzt wird. Der Gemeinderat hat in seinem Bericht „Wohnstadt Bern 2005“ mögliche Massnahmen aufgezeigt. Am 30. Juni 1999 hat er zudem ein Integrationsleitbild beschlossen, dessen Umsetzung massgeblich zum Abbau von gegenseitigen Ängsten und Vorurteilen zwischen schweizerischer und ausländischer Bevölkerung beitragen wird. Ferner ist zu beachten, dass der Lehrauftrag der Volksschulen geprägt ist vom Gedanken der Integration. Schülerinnen und Schüler werden im Laufe ihrer Schulzeit auf das Leben in einer multikulturellen Gesellschaft vorbereitet. Sie lernen, dass Toleranz zu üben und Respekt zu haben vor dem Andern nichts zu tun hat mit Gleichmacherei oder gar dem Verlust der eigenen kulturellen Identität. All diese Bestrebungen brauchen Zeit und erfordern Geduld. In diesem Sinn zielt der Gemeinderat nicht auf das vom Interpellanten geforderte zahlenmässige Gleichgewicht in Berns Wohnquartieren hin, sondern auf ein gleichgewichtiges Nebeneinander und Miteinander von einheimischer und ausländischer Wohnbevölkerung.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat hat keine Möglichkeit, den Wohnungsmarkt der Stadt Bern direkt und entscheidend zu beeinflussen. Dementsprechend kann die Ansiedlung der Bevölkerung in den einzelnen Wohnquartieren auf diesem Weg kaum wesentlich gesteuert werden. Die Stadt betreibt zudem keinen Sozialwohnungsbau. Deshalb bestimmen die Eigentümer und Eigentümerinnen und die Wohnbaugesellschaften und -genossenschaften die Art der Nutzung des Wohnungsbestandes.

Der Gemeinderat hält deshalb das gezielte Aufwerten von Quartieren mit hohem Problempotential für eine gute Möglichkeit, die Entwicklung der Wohnbevölkerung günstig zu beeinflussen. Die Durchmischung eines Quartiers erfolgt nicht oder kaum je innerhalb der bestehenden Bausubstanz, sondern dadurch, dass neue Angebote geschaffen oder bestehende so aufgewertet werden, dass sich auch andere Bevölkerungsschichten angesprochen fühlen. Dabei spielt die Gestaltung eines einladenden Wohnumfeldes eine wichtige Rolle. Diese Politik wird im Lorraine-Quartier seit vielen Jahren verfolgt (Beispiel: Überbauung Vordere Lor-

raine). Heute kann festgestellt werden, dass der Ausländeranteil in den unteren Klassen der Volksschule Lorraine wesentlich abgenommen hat.

Zu Frage 2:

In einem demokratischen Rechtsstaat ist kein Platz für Ghettos, wo Menschen in aufgezwungener Isolation leben. Der Gemeinderat empfiehlt, mit dem Begriff Ghetto auch aus historischen Gründen sorgfältig umzugehen.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat will die Lebensbedingungen in der Stadt grundsätzlich verbessern. Er nimmt diese Verpflichtung als Daueraufgabe wahr. In seinen Legislaturrichtlinien 1997 – 2000 hat er deshalb im Schwerpunkt 2 die Förderung der Wohnstadt Bern als wichtiges Ziel definiert. Angestrebt wird eine ausgewogene Struktur der Bevölkerung. Neben dem Sanieren von bestehenden und Schaffen von neuem Wohnraum kommt dabei der Förderung der Wohnqualität besondere Bedeutung zu. Das Wohnumfeld muss attraktiver gestaltet werden, zum Beispiel durch die Belebung der Aussenräume, Aktivitäten zur Förderung eines sozialen Beziehungsnetzes unter der Bevölkerung, Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum, Verkehrsberuhigung und –sicherheit in den Wohnquartieren, Anbieten von genügend familienergänzenden Betreuungsangeboten und durch bessere Integration der fremdsprachigen Bevölkerung, namentlich auch der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler in den städtischen Bildungsinstitutionen.

Einer allfälligen Verunsicherung der Bevölkerung will der Gemeinderat mit gezielter und offener Information und Kommunikation begegnen. Es gilt zu vermeiden, dass einzelne Quartiere durch einseitige Information mit einem Negativimage belastet werden.

Zu Frage 4:

Integration bedingt Offenheit aller Beteiligten nach innen und nach aussen. Sie muss als gesamstädtische Aufgabe wahrgenommen werden mit dem Ziel, den sozialen Frieden zu erhalten und ein konfliktfähiges Zusammenleben zu gewährleisten. Dafür muss eine breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung geschaffen werden, die getragen ist von der einzelnen Einwohnerin und dem einzelnen Einwohner. Dies bedingt jedoch auch die Bewilligung der nötigen Mittel für die Aufklärungsarbeit und die sozialen Betreuungsaktivitäten, welche unter anderem zum Ziel haben, dass Fremdenfeindlichkeit gar nicht erst entsteht.

Zu Frage 5:

Der Gemeinderat ist anderer Meinung. Er will nicht Grenzen ziehen, sondern Brücken schlagen. Er widersetzt sich daher der Idee, einzelne Quartiere herauszupicken und gleichsam als besonders schützenswert zu bezeichnen. Der Interpellant versäumt es, den Begriff „schweizerisch geprägte Stadtteile“ näher zu definieren. Die Schweiz hat eine lange Tradition, verschiedene Kulturen unter einem Dach friedlich zu vereinen. Sie hat dafür sogar weltweit als Vorbild gedient. Unter diesem Aspekt scheint die Frage 5 nicht einsichtig. Der Gemeinderat erkennt indessen nicht, dass einzelne Quartiere der Stadt mehr mit Problemen behaftet sind als andere. Der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung kann zum Problem werden, wenn daraus negative Verhaltensweisen und Wechselwirkungen entstehen. In andern Quartieren können andere Einflüsse wie etwa starke Lärmimmissionen, Konfrontation mit dem Drogenelend und Verkehrsbelastung für einen Teil der Bevölkerung unverhältnismässig mehr Probleme schaffen als für die andern Einwohnerinnen und Einwohner. Der Gemeinderat nimmt die Sorgen und Anliegen der Bevölkerung ernst. Er ist im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bemüht, in allen Bereichen die geeigneten Massnahmen zur Problemminderung zu treffen. Er will Rahmenbedingungen setzen, welche darauf hinwirken, dass die Stadt ungezwungen lebt und sich frei entwickelt.

Peter Bühler (SD): Die Antwort zu Frage 2 hat mich sehr gestört: Ich lasse mir von niemandem so etwas unterstellen, ob in direkter oder in indirekter Form. Ghetto ist der Ausdruck, welchen die Amerikaner, die Deutschen und die Franzosen vor allem in letzter Zeit mehr benutzen. Das ist für mich ein Armenviertel, in dem verschiedene Gruppierungen zusammenleben. Da lasse ich mir nicht im geringsten unterstellen, dass man aus historischen Gründen sorgfältig damit umgehen müsse.

Schuldirektorin *Claudia Omar:* Ich bin mir nicht sicher, ob hier nicht ein Missverständnis vorliegt. Das Ghetto war ja ursprünglich ein Stadtteil Venedigs, in dem die Juden leben mussten

und in welchem sie natürlich sehr isoliert waren. Heutzutage braucht man den Ausdruck weltweit, wenn eine Gruppe von Personen - meistens nicht freiwillig - von der Gesellschaft isoliert zusammenlebt und auch nicht am Stadtleben teilnehmen kann. Dann gab es auch die Juden-Ghettos in Europa, mit den Eskalationen im Zweiten Weltkrieg, welche ja aufgezeigt haben, wohin solche Absonderungen führen können. Das ist damit gemeint. Ich greife Sie hier nicht an. Aber der Begriff 'Ghetto' hat eine dermassen belastete Geschichte, dass man dieses Wort nicht ohne richtigen Grund bringen kann. Wir haben in Bern nicht annähernd eine Situation, die dieses Wort rechtfertigen würde. In keiner Art und Weise.

Eingänge

Es werden zwei Postulate, eine dringliche und eine ordentliche Interpellation eingereicht und dem Gemeinderat überwiesen, nämlich:

Postulat Fraktion FDP (Ueli Haudenschild / Heinz Rub): Drogenstrategie 2000

Die Untersuchungen und Abklärungen des GPK-Ausschusses "Drogenpolitik", sowie die Teilerfolge der "Drogen Task Force" zeigen, dass die Drogenstrategie des Gemeinderats von 1991, insbesondere im Bereich der Zuständigkeiten und Verantwortungen der einzelnen Verwaltungsdirektionen, überprüft werden muss.

So erachten wir es zum Beispiel als falsch, dass die Abhängigenszene (sprich: Kranke) in erster Linie mit der Polizei konfrontiert wird. Ferner erachten wir es als dringend notwendig, dass dem Bereich "Prävention" ein viel grösseres Gewicht gegeben wird, und bei allen Massnahmen, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden, als oberstes Ziel der Drogenausstieg, resp. die Drogenabstinenz gelten soll. Auch soll der Polizei für die wirksame Bekämpfung des Drogendeals die bestmögliche rechtliche und politische Unterstützung gewährt werden.

Wir bitten daher den Gemeinderat zu prüfen, wieweit die "Drogenstrategie" von 1991 zu überarbeiten ist, damit die Drogenproblematik in der Stadt Bern im Sinne der vorgenannten Erwägungen entschärft werden kann.

Bern, 18. November 1999

Fraktion FDP (Ueli Haudenschild, Heinz Rub), Annemarie Lehmann, Kurt W. Weyermann, Adrian Haas, Urs Jaberg, Markus Blatter, Mario Marti, Ernst Aebersold, Christoph Stalder, Thomas Balmer, Kurt Rüegsegger, Peter Bühler, Hans Peter Riesen, Alfred Jordi, Peter Stucki, Ueli Stückelberger, Peter Künzler, Hansjörg Wittwen, Ernst Stauffer, Margrit Thomet

Postulat Ueli Stückelberger (GFL): Reduktion der LKW-Fahrten durch Bern-Ost

Am 20. Oktober 1999 hat der Gemeinderat ein erstes Paket von Lärmschutzmassnahmen "Lärmschutz und Gestaltung: 1. Etappe, Ausführungskredit" z.H. des Stadtrats verabschiedet. In diesem Paket ist auch die Sanierung eines Teils des Ostrings vorgesehen. So sollen bei den Gebäuden Ostring Nr. 49 - 67 Lärmschutzwände montiert werden. Die Unterzeichnenden unterstützen diese Massnahmen, sind jedoch gleichzeitig der Auffassung, dass der Lärm primär an der Quelle zu bekämpfen ist, denn die Lärmbekämpfung an der Quelle ist günstiger und effektiver. In Umsetzung dieses Grundsatzes ist beim Strassenlärm in Wohngebieten auf eine Reduktion des Verkehrsaufkommens, besonders auch des LKW-Verkehrs, hinzuwirken.

Bei den "Wohn"-Strassen Ostring und Muristrasse werden die Lärmgrenzwerte (wenn nicht sogar die Alarmwerte) weit überschritten. Dazu tragen u.a. die LKW-Fahrten der Brechtbühl AG einen erheblichen Teil bei. Die Brechtbühl AG betreibt in Muri-Gümligen (Worbstrasse, Melchenbühl) ein grosses Lager. Täglich fahren frühmorgens Dutzende von LKW via Worb-, Weltpost-, Muristrasse, Burgernziel und Ostring zur Autobahneinfahrt der A6 "Ostring". Am Abend kehren die LKW auf diesem Weg, der offensichtlich attraktiver ist als der via Autobahnausfahrt "Muri", wieder zurück. Die LKW der Brechtbühl AG machen morgens und abends einen Grossteil des LKW-Verkehrs auf diesen Strassenstücken aus. Diese vielen LKW-Fahrten sind nicht nur lärmässig unbefriedigend, sondern gefährden auch die Verkehrssicherheit erheblich. So fahren die LKW in der Regel schnell, wenn nicht sogar zu schnell. Zudem fahren die LKW meistens mit Anhänger, was besonders beim 2-spurigen Burgernziel-Kreisel oft zu sehr gefährlichen Situationen führt. Betroffene Quartierbewohne-

rinnen und -bewohner wurden bei der Stadt betreffend diesen unbefriedigenden Zustand denn auch schon oft vorstellig.

Die Unterzeichnenden sind überzeugt, dass rasch eine Lösung gefunden werden kann, die den motorisierten Verkehr, vorab aber den Schwerverkehr, auf diesen Strassen reduziert. Eine Verkehrsreduktion ist problemlos möglich, da der LKW-Verkehr der Brechtbühl AG (Muri) den gemeindeeigenen Autobahnanschluss in "Muri" benützen könnte. Dieser Weg führt zwar auch teilweise durch bewohnte Quartiere, hingegen gibt es auf dieser Strecke keine so gefährliche Stelle wie den Kreisel Burgernziel. Die Unterzeichnenden fänden es wichtig, wenn die Stadt bei der Brechtbühl AG und/oder bei der Gemeinde Muri in dieser Hinsicht vorstellig würde. Weiter ist zu prüfen ob auf der Weltpoststrasse (zwischen Weltpostverein und Gebäude der Credit Suisse) eine Pfortneranlage (Ampel) erstellt werden könnte, die den Verkehr aus Muri-Gümligen so dosiert, dass die Fahrt durch Bern-Ost unattraktiv wird. Zu prüfen sind auch andere Massnahmen wie Temporeduktion etc.

Aus den genannten Gründen bitten die Unterzeichnenden den Gemeinderat, die vorgeschlagenen Massnahmen zu prüfen und sich im Sinne der Erwägungen dafür einzusetzen, dass die LKW-Fahrten von Muri-Gümligen möglichst nicht mehr durch Bern-Ost erfolgen.

Bern, 18. November 1999

Ueli Stückelberger (GFL), Peter Stucki, Michael Straub, Verena Furrer-Lehmann, Peter Künzler, Sven Baumann, Eva von Ballmoos-Keller, Michael Burri, Ursula Rudin-Vonwil

Dringliche Interpellation Kurt Rüeegsegger (FPS): Buslinie durch die Quartiere Matte und Marzili

Wegen der momentanen Revision der Drahtseilbahn Marzili ist der Versuch einer nächtlichen Buslinie durch die Quartiere Matte und Marzili auf den ganzen Tag erstreckt worden. Allerdings soll diese Dienstleistung Ende November, wenn das Marzili-Bähnli seinen Betrieb wieder aufnimmt, aufgehoben werden.

Inzwischen hat sich aber diese Buslinie gerade insbesondere tagsüber einer enormen Frequenz erfreut und die Bewohnerinnen und Bewohner besagter Quartiere möchten dieses Angebot nicht mehr missen. Die meist älteren Bewohner beider Quartiere haben dadurch Gelegenheit sicher und bequem die Oberstadt zu erreichen. Nicht nur in den Wintermonaten ist dies besonders wichtig, sondern auch die gefährlichen Zugangswege zu Marzili-Bähnli (Kleine Schanze) und Matte-Lift (Plattform) werden dadurch entschärft.

Andererseits möchte niemand die schon fast nostalgischen Einrichtungen wie die Drahtseilbahn Marzili und den Matte-Lift in Frage stellen. Diese gehören auch schon aus touristischen Gründen zu unserer Stadt.

Aufgrund des eindeutig erbrachten Bedürfnisnachweises für den Matte/Marzili-Bus richte ich folgende, dringlichen Fragen an den Gemeinderat:

1. Ist der Gemeinderat auch zur Erkenntnis gekommen, dass die Buslinie durch die Quartiere Matte und Marzili zum dringlichen Bedürfnis geworden ist?
2. Ist er aufgrund dieser Erkenntnis bereit, die Linie in einer ersten Massnahme über die Wintermonate zu verlängern und einen Vorschlag auszuarbeiten, wie diese in eine Dauer Einrichtung umgewandelt werden könnte?
3. Ist der Gemeinderat bereit parallel zu prüfen, mit welchen Massnahmen der Betrieb der Drahtseilbahn Marzili und des Matte-Lifts aufrechterhalten werden kann?
4. Hat der Gemeinderat die Möglichkeit, allfällige Alternativen anzubieten (eventuell weniger dichter Fahrplan), um dem Wunsche der Quartierbevölkerung nachzukommen?

Für eine möglichst rasche Beantwortung meiner Fragen danke ich bestens.

Begründung der Dringlichkeit:

Wie erwähnt soll das Angebot der auch tagsüber gewährten Buslinie Ende November 1999 auslaufen und die interessierten Kreise wären um eine rasche Auskunft dankbar.

Bern, 18. November 1999

Kurt Rüegsegger (FPS), Anton Maillard, German Kalbermatten, Konrad Bossart, Alfred Jordi

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Interpellation Fraktion SP (Sylvia Spring Hunziker): Kinder in der Stadt Bern; Handlungsbedarf nach der Kindersession - oder wie ernst werden die Anliegen von Kindern und Jugendlichen genommen?

Die Kindersession vom 4. November 1999 wurde von den Medien mit Worten und Bildern kommentiert. Es nahmen auch etliche Stadträtinnen und Stadträte teil. Leider konnten vom Gemeinderat neben Claudia Omar, Schuldirektorin und Moderatorin des Anlasses, nur Therese Frösch, Finanzdirektorin, und Alfred Neukomm, Stadtbetriebe- und Verkehrsdirektor, teilnehmen. Offen bleibt die Frage, was geschieht jetzt nach dieser Kindersession auf der politischen Ebene?

Wir sind der Ansicht, dass die von den Schülerinnen und Schülern geäusserten Anliegen vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen werden müssen und ernsthafte Antworten verdienen. Wir haben sämtliche Meinungsäusserungen protokolliert. Neben dem Kompliment an die Polizei wegen der Gutscheine zum Instandstellen der Velolampen wurden vorwiegend kritische Fragen gestellt oder Missstände beanstandet. Stellvertretend für die 80 engagierten Kinder und Jugendlichen bitten wir den Gemeinderat um *die Beantwortung der kursiv gedruckten Fragen:*

Schule und Schuleinrichtungen

1. Einige Kinder erzählen, dass das Material für den Turn- und Sportunterricht zum Teil mangelhaft ist oder nicht mehr ersetzt wird. Sie nehmen Sparmassnahmen wahr und können nicht verstehen, weshalb ausgerechnet dort gespart wird. *Entsprechen die Feststellungen der Kinder den Tatsachen? Gibt es Schulhäuser, die beschädigtes Turnmaterial nicht mehr ersetzen können? Wie stellt sich der Gemeinderat zu diesen Vorwürfen und was unternimmt er konkret?*
2. Es gibt eine längere Diskussion über die Aufgabenhilfe und wer Anspruch auf Aufgabenhilfe haben soll. Die Kinder äussern sich mehrheitlich für gerechte Preise, damit die Aufgabenhilfe allen zugänglich bleibt, die sie nötig haben. *Nach welchen Kriterien werden die Finanzen an die einzelnen Schulen verteilt? Genügt das Angebot? Gibt es soziale Abstufungen des Tarifs und bei Bedarf sogar kostenlose Angebote? Worin sehen die verantwortlichen Behörden die grösste Problematik?*
3. Ein Schüler beschwert sich über die ungenügende Ausstattung des Physikzimmers. *Ist die Ausstattung der Spezialräume für Sonderfächer ein Problem? Wenn ja, mit welchen Massnahmen wird dieser Entwicklung begegnet? Kann der Fachunterricht überhaupt noch gewährleistet werden?*
4. Eine Schülerin beklagt sich, weil das 10. Schuljahr so teuer sei. Sie vergleicht mit dem Gymnasium und versteht den Riesenunterschied überhaupt nicht. *Kann etwas gegen die Ungerechtigkeit, dass der Besuch des Gymnasiums nicht kostenpflichtig, hingegen derjenige der 10. Schuljahre so teuer ist, unternommen werden?*
5. Auf breites Unverständnis stösst die Abschaffung des Zeitungssammelns. *Ist allen Schülerinnen und Schülern bekannt, weshalb das Zeitungssammeln durch die Schulen abgeschafft worden ist, und dass sie trotzdem den entsprechenden finanziellen Zustupf für Schulaktivitäten erhalten?*
6. Einige Kinder berichten von ungelösten Konflikten mit dem Abwart an ihrer Schule. Sie fühlen sich mit ihren Anliegen nicht ernst genommen und hätten es aufgegeben, das klärende Gespräch zu suchen. *Sind dem Gemeinderat Schwierigkeiten von Schülerinnen und Schülern mit Schulhausabwarten bekannt. Ist von einem realen Konfliktpotenzial auszugehen? Welche Unterstützung bietet der Gemeinderat den Schulhausabwarten beim Lösen allfälliger Konflikte? Gibt es zum Beispiel Werkstattgespräche oder Weiterbildungsangebote?*

7. Während der knapp einstündigen Debatte werden immer wieder Beispiele von selber erfahrenen Abstrichen im Schulangebot in die Diskussion eingebracht. Es seien Lektionen gestrichen worden, eine Schülerinnenband müsse mit schlechter Einrichtung und ungenügender Anlage zurechtkommen, es gäbe auch weniger Ausflüge und Sporttage. Generell ist bei den Schulkindern die Meinung stark vertreten, dass nicht bei der Schule gespart werden darf - sie schlagen zur Kompensation den Strassenbau oder die Armee vor, die ihrer Ansicht nach besser für Sparmassnahmen geeignet seien.
- *Gibt es zu diesen Vorwürfen eine gemeinderätliche Stellungnahme? Stimmt dieses düstere Bild? Welches sind die realistischen Zukunftsperspektiven für die Volksschule als Bildungseinrichtung?*
- *Wie wird den Schulkindern und der Bevölkerung aufgezeigt, nach welchen Mechanismen und Gesetzen finanzielle Mittel für öffentliche Aufgaben zugeteilt werden?*
- *Wie läuft die Information zu effektiven Angebotseinschränkungen? Sind die Lehrkräfte, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler und auch die Schulkommissionen im Bild?*

Verkehr und öffentlicher Raum

Beim Verkehr stellen die Kinder verschiedene Mängel fest:

1. Warum stehen die Ampeln für die Fussgängerinnen und Fussgänger immer so lange auf Rot? *Gibt es nicht auch von anderen Fussgängerinnen und Fussgängern Beschwerden wegen der kurzen Grün- dafür umso längeren Rotphasen? Kann der Gemeinderat hier Abhilfe verschaffen?*
2. Velowege hören meistens gerade dort auf, wo sie am nötigsten wären, nämlich bei der Kreuzung. Das stösst auf Unverständnis, denn dort, wo das Gefahrenpotenzial am grössten ist werden die Kinder als Velofahrende nicht mehr speziell berücksichtigt. Sie finden, dass es nicht überall Velowege brauche, dafür vor allem bei den kritischen Stellen. *Wird dieses Problem auch vom Gemeinderat anerkannt? Wenn ja, wie wird der Gemeinderat in dieser Angelegenheit aktiv?*
3. Am meisten Ärger verursacht die Tatsache, dass die Tempo 30-Zone nicht kontrolliert wird. Frau Omar versprach, dass sie dies ihrem Gemeinderatskollegen melden werde. *Ist der Gemeinderat auch der Ansicht, dass die Tempo 30-Zonen spezielle Beachtung und vermehrte Sensibilisierungskampagnen brauchen? Wird es in Zukunft in diesen Zonen regelmässige Geschwindigkeitskontrollen geben?*
4. Es gibt noch gefährliche Tramhaltestellen, die sicherer gestaltet werden müssen (sie wurden nicht namentlich genannt). *Welche Tramhaltestellen sind unter dem Aspekt mehr Sicherheit für Schulkinder noch zu optimieren? Ist der Gemeinderat bereit, diese Verbesserungen vorzunehmen?*
5. Mehrere Voten fordern eine richtige Fussgängerzone in der Innenstadt. Dort sollten Bäume gepflanzt werden, die Restaurants dürften ihre Tische und Stühle hinausstellen, der Verkehr müsste aussen herumgeleitet werden. *Welche konkreten Projekte zur Realisierung einer Fussgängerzone in der Innenstadt werden zurzeit weiterverfolgt?*
6. Es gibt kritische Bemerkungen zur blauen Zone, denn diese löse die Probleme der Kinder und Jugendlichen leider nicht. Wegen der unbeschränkten Parkzeit am Abend und an den Wochenenden seien die Parkplätze gleichwohl dauernd besetzt wenn sie dort spielen wollten. Eigenen Beobachtungen zufolge hätte jedes zweite Auto keine Parkkarte, sei also von auswärts. Die Kinder wünschen bessere Lösungen, damit weniger parkierte Autos den öffentlichen Grund beanspruchen und ihnen Spielfläche wegnehmen. *Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass die blaue Zone nicht genügt, den Autoverkehr und damit verbunden die störenden parkierten Autos in den Quartierstrassen zu verringern? Gibt es Modelle, die geprüft werden, um die Wohnquartiere vom Parkierverkehr zu entlasten, insbesondere am Abend (Freizeit)?*
7. Für die öffentlichen Plätze wünschen die Kinder allgemein mehr grün und weniger Beton. Viel Fantasie bewies jemand mit dem Wunsch, die Kreisel mit kleinen "Wasserfällen" - oder waren da wohl Springbrunnen gemeint – auszustatten, wie sie im Ausland oft anzutreffen seien. *Wieviel Fantasie ist beim Gestalten zukünftiger Kreisel verträglich?*
8. Der Bahnhofplatz wird speziell erwähnt, er müsse unbedingt schöner gestaltet werden. *Welchen Fahrplan zur Umgestaltung des Bahnhofplatzes kann der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt bekanntgeben?*

9. Es besteht der Wunsch für ein Dach für die Eisbahn "Weierli". *Gibt es zu diesem Begehren irgendwelche Vorabklärungen oder konkrete Pläne?*
10. Die Schulkinder wollen mit ihrer Wahrnehmung zu einer optimalen Verkehrs- und Stadtplanung beitragen können. - *In welcher Form ist der Gemeinderat bereit, solchen Anliegen von Kindern und Jugendlichen echte Beachtung zu schenken und sie vermehrt in Mitwirkungsverfahren einzubeziehen?*

Schutz und Freiraum

1. Weil des öftern im Schulhaus gestohlen wird, wünschen die Schülerinnen und Schüler sichere und abschliessbare Garderobenschränke. *Erachtet es der Gemeinderat als sinnvoll und realisierbar, solche Sicherheitssysteme einzuführen, oder welche Massnahmen gedenkt er einzuleiten, damit die Kinder nicht um ihre Sachen fürchten müssen?*
2. Zum Thema Sicherheit äussern sich auch Mädchen, die sich mehr Polizeipräsenz oder Securitas wünschen, damit sie sich sicherer fühlen auf dem Weg nach Hause nach einer Abendveranstaltung. *Gibt es auch andere Massnahmen, die den jungen Frauen mehr Sicherheit bieten, damit auch sie unbesorgt am Abend in den Ausgang gehen können?*
3. Ein Jugendlicher beklagt sich, dass die Ladenschlusszeiten wegen seines befrachteten Stundenplans zu spät angesetzt sind. *Wie beurteilt der Gemeinderat Stundenpläne, die Schülerinnen und Schüler bis nach 18.00 Uhr in der Schule beanspruchen? Wie erklärt der Gemeinderat den Schülerinnen und Schülern die Situation des Verkaufspersonals und schafft Verständnis zwischen Konsumierenden und Beschäftigten?*
4. Das Spielen im Freien wird sehr oft von reklamierenden Anwohnerinnen und Anwohnern verboten. Einige Jugendliche berichten, sie dürfen kaum einmal länger als bis 19.00 Uhr Fussball spielen, ohne dass ihnen gleich mit der Polizei gedroht wird. *Wie lange dürfen Kinder und Jugendliche nach Gesetz draussen spielen? Mit welchen Informationskampagnen und mit welchen Massnahmen kann der Gemeinderat zu einem besseren Verständnis möglicher Konfliktparteien beitragen und erreichen, dass die Kinder und Jugendlichen mehr Toleranz erfahren?*
5. Das wichtigste Anliegen scheint das Bedürfnis nach eigenen Räumen zu sein. Jugendliche wollen sich treffen können, wo sie in Frieden gelassen werden. *Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass es noch immer Stadtteile gibt, die über keine Jugendtreffs verfügen? Welche Haltung verfolgt der Gemeinderat in Bezug auf die Forderung nach mehr Jugendräumen? Welche Zusicherungen gibt der Gemeinderat diesen erwartungsvollen Schulkindern?*

Bern, 18. November 1999

Fraktion SP (Sylvia Spring Hunziker), Edith Olibet, Marie-Louise Durrer, Oskar Balsiger, Raymond Anliker, Margrith Beyeler, Heinz Junker, Peter Blaser, Rosmarie Okle Zimmermann, Andreas Zysset, Edith Madl Kubik, Margrit Stucki, Ruedi Hofer, Ruth Rauch, Esther Kälin Plézer, Irène Marti Anliker, Rolf Schuler, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Walter Christen, Edith Lörtscher, Andreas Krummen, Franco Sommaruga, Marcel Fankhauser

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats:

Der Präsident: *Rolf Häberli*

Der Protokollführer: *Stefan Müller*